

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

32 (8.2.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Preis: Durch unsere Träger 6.— A. einchl. 80 A. Postgebühr: bei Abholung in der Geschäftsstelle und in 14 Tagen 4.00 A.; durch die Post bezogen 4.50 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühr monatl. Einzelpreis 25 A.

Ausgabe: Freitag mittags Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 129, Redaktion Nr. 491

Anzeigen: Die 14tägige Kolonialsache 1.— A. Die Restamezeile 2.50 A.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Amerika und Deutschland

Ein amerikanischer Vorschlag

London, 7. Febr. Am Samstag wurde aus New York berichtet, daß Senator France eine Resolution vorlegen wolle, die die Vereinigten Staaten einlädt, auf eine Erabfertigung der von den Alliierten in Paris vorgeschlagenen Entschädigungssumme hinzuwirken. Die englischen Blätter melden nun, daß er dem Senat auch einen Entwurf der Vorschläge unterbreiten werde, die Amerika machen solle. Sie lauten im einzelnen:

1. Erabfertigung der deutschen Entschädigungssumme auf 15 Milliarden Dollar oder 28 jährliche Zahlungen von 1 Milliarde Dollar, von denen jede das Kapital und die anwachsenden Zinsen darstellt.
2. Gewährung eines Kredits an Deutschland in Höhe von 5 Milliarden Dollar im Hinblick auf seine amerikanischen Kolonien und die Abfertigung des Krieges weggenommen wurden.
3. Vollmacht zum Ankauf der Kolonien und Kabel durch die Vereinigten Staaten für die genannte Summe von 5 Milliarden Dollar, die gegen die Schulden der Alliierten an Amerika in Zahlung genommen würden.

Bayerische Katastrophenspolitik

Meinungsverschiedenheiten zwischen Bayern und dem Reich

M. München, 7. Febr. Der für heute nachmittag angekündigte bayerische Ministerrat, in dem Ministerpräsident Dr. v. Kahr seinen Bericht über den Verlauf der Berliner Ministerkonferenz erhalten sollte, ist verschoben worden. Es steht zwar nicht fest, wann der Ministerrat zusammentreten wird, was aber voraussichtlich morgen vormittag der Fall sein wird. Die Verschiebung der Sitzung erfolgte wegen der Abwesenheit eines Ministerpräsidenten. Wie wir erfahren, konnte in Berlin, wo der Ministerpräsident Dr. v. Kahr aufgrund des Ministerpräsidentenbeschlusses und der Aussprache mit den Fraktionsführern sämtlicher Parteien, den bayerischen Standpunkt vertrat, keine Einigung erzielt werden, da die Reichsregierung die Ansicht vertritt, daß in der Entwaffnungsfrage nachgegeben werden solle, während die bayerische Regierung der Ansicht ist, daß zunächst die Londoner Konferenz abgemacht und festgesetzt werden sollte, was sich dort, und zwar nicht nur in der Entwaffnungsfrage, sondern auch in der Reparationsfrage erreichen läßt. Im morgigen Ministerrat wird Ministerpräsident Dr. von Kahr über die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten Bericht erstatten. Dann werden auch Besprechungen mit sämtlichen Parteien des Landtages stattfinden, die dann ihrerseits wieder zur Sachlage Stellung zu nehmen haben.

Nach dem Münchener Berichterstatter der „Deutschen Tageszeitung“ wird die Lage von Münchener amtlicher Seite als sehr ernst bezeichnet. Eine Einigung zwischen den von dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr vertretenen bayerischen Standpunkt und dem der Reichsregierung ist nicht erzielt worden. Bayern steht vor schweren Entschlüssen. Die Stimmung gegen die zu Verhandlungen bereite Berliner Regierung ist nicht zum besten.

Bayern treibt also weiter Katastrophenspolitik. Es weiß, daß die Entwaffnungsfrage für die Franzosen nun einmal eine Sache ist, in der sie unter keinen Umständen nachgeben werden, trotzdem diese Haltung. Mit wem im Grunde treibt die bayerische Regierung diese Politik?

Englische und französische Stimmen zur Rede Lloyd Georges

Paris, 7. Febr. Ministerpräsident Briand soll nach dem „Matin“ erklärt haben, er werde nicht einen Millimeter von der Haltung abweichen, die er in der Wiederherstellung eingegangen habe.

Marcel Guitia schreibt im „Echo de Paris“, er habe den Eindruck, daß die Konferenz von London in keiner Weise zu einer Lösung führen könne, die unter die in Paris festgelegten Riffen gebe, mit anderen Worten, London werde die befähigen und nicht eine Revision des Abkommens von Paris bringen. Er habe sich befähigen lassen, daß entgegen allen deutschen Wünschen die Konferenz von London scheitern werde, um unverzüglich die Sanktionen spielen zu lassen.

Paris, 7. Febr. „L'Éclair“ spricht von der lebhaften Agitation, die in ganz Deutschland herrscht, um die offizielle Mitteilung der deutschen Regierung, die der Staatsrat hinsichtlich des Pariser Abkommens bekräftigt habe, zu verstärken. Das Blatt spricht namentlich von Bayern, das die Zentral- der deutschen Reaktion gewesen sei. Die bayerische Regierung wolle weder in der Entwaffnungsfrage, noch in der Reparationsfrage nachgeben, sie sagt sich nicht ohne Berechtigung, wenn Deutschland nicht entgegen sei, würde es um so härter sein, um die Reparation zu weigern zu können. Angesichts der allgemeinen Erregung befürchtet man, daß die Offiziere der Kontrollkommission das Opfer neuer (?) Angriffe würden. Wenn die Regierung nicht eingreife und sie sei nicht dazu geneigt, dann müsse sie sich fragen, wann die Konferenz in London stattfinden und ob sie überhaupt stattfinden werde. Die alliierten Regierungen könnten sich jetzt darüber beraten.

London, 7. Febr. Die gesamte Presse nimmt zu der Rede Lloyd Georges in Birmingham Stellung. Die Wälder stimmen der Rede zu.

„Observer“ schreibt: Das ganze Land steht hinter Lloyd George bei seiner Forderung, daß Deutschland alles zahlen müsse, was es zahlen könne. Die volle Summe, die Deutschland zahlen könne, dürfte jedoch nicht diktiert, sondern von den Alliierten nach deutschen Sachverständigen in gemeinsamer Arbeit festgelegt werden. Deutschland wird für die Bezahlung der Entschädigung dadurch, daß es an ihrer Abschätzung teilnimmt, vor der ganzen Welt die Verantwortung übernehmen. Proteste, Forderungen und mährchenhafte Entschuldigungen

machen nur ihre Urheber zum Spott. Das Ziel der Reparation sei Gerechtigkeit, jedoch praktische und nicht theoretische Gerechtigkeit.

Vor einem englisch-russischen Handelsabkommen

London, 7. Febr. „Daily Herald“ bringt unter der Überschrift „Rusland zur Unterzeichnung bereit“, einen Bericht seines Moskauer Korrespondenten über die von Tschischerin an Curzon gedachte Antwort der russischen Regierung auf den Entwurf zum russisch-englischen Handelsabkommen. Danach ist Rusland zur Unterzeichnung des Abkommens bereit unter gewissen Bedingungen. Die besonderen Garantien gegen die Propaganda und feindliche Aktionen sollen gegenseitig sein. Beide Parteien kommen überein, die Unabhängigkeit und Integrität Persiens, Afghanistans und des Gebietes der türkischen Nationalitäten zu respektieren. Außerdem will England es unterlassen, in den oben genannten Ländern ebenso wie in den Ländern, die früher einen Teil des russischen Reiches bildeten und jetzt unabhängige Staaten geworden sind, irgend eine feindliche Aktion gegen Rusland zu unternehmen und sich nicht in die Beziehungen Ruslands mit anderen Ländern zu mischen. In der Note wird dem Bunde Ausdruck gegeben, eine wirklich solide Grundlage für freundschaftliche Beziehungen zu schaffen. Die Note leugnet die Entsendung von russischen Truppen nach Kleinasien und die Veranstaltung der Revolution in Buhare.

Depressionsnot bei der Reichsregierung

Berlin, 7. Febr. Bei der Reichsregierung ist eine Fülle von Telegrammen von den Parteienorganisationen und von Industrie und Handel eingegangen, in denen auf die verhängnisvollen Folgen hingewiesen wird, die namentlich für die deutsche Wirtschaft durch die Annahme der Pariser Beschlüsse entstehen würden. Die Regierung wird gebeten, fest auf dem Standpunkte, wie ihn Reichsminister Dr. Simons im Reichstage vertreten hat, zu bleiben.

Aufsichtung monarchischer Landwirtschaftskammern

Berlin, 7. Febr. Das preussische Staatsministerium hat sich in seiner heutigen Sitzung mit den Vorgängen bei der letzten Versammlung der Landwirtschaftskammern von Schlesien in Breslau befaßt, bei der es zu monarchischen Kundgebungen gekommen war. Das Staatsministerium hat beschlossen, wegen dieser Vorgänge die Kammer aufzulösen.

Festliche Empfang eines deutschen Dampfers

Frankfurt a. M., 7. Febr. Die „Frankf. Zeitung“ bringt ein Telegramm der deutschen „La Plata-Zeitung“ in Buenos Aires, wonach dort am 4. d. M. der deutsche Dampfer „Argentinien“ der Hamburg-Amerika-Linie eingetroffen ist. Acht besetzte Schlepper holten ihn von der See ab. Die Sirenen aller Schiffe ertönten und argentinische Kriegsschiffe und Marinekruppen erwiesen dem Dampfer militärische Ehrenbezeugungen.

Vom Streik in der Herrenkonfektionsindustrie

Berlin, 7. Febr. Der Streik in der Herrenkonfektion, von dem nach der Angabe des Arbeitnehmerverbandes im ganzen etwa 30 000 bis 32 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden, hat heute morgen eingelebt. Die Maßschneiderei wird von diesem Streik nicht betroffen.

Räuberische Heberfälle

Frier, 7. Febr. In Trabantenbach an der Mosel drangen in der vergangenen Nacht drei maskierte Männer in das Postamt ein und raubten 180 000 Mark in Postgeld und Postwertzeichen. Der aufwendende Nachwächter wurde durch Drohungen in Schach gehalten.

Verhaftungen von Schiebern in Bremen-Stellungen

Hamburg, 7. Febr. Aus Sagenow wird berichtet: Am Freitag wollten hier Kriminalbeamte aus Berlin und Schwerin und stellten Untersuchungen über Schiebergeschäfte an in die Beamte der Kreisbehörde verwickelt sind. Es handelt sich um umfangreiche Schieberungen von Juder und Auslands-mehl. Mehrere Verhaftungen, darunter die des Vorsitzenden der Kreisbehörde, wurden vorgenommen.

Aus dem ungarischen Parlament

Budapest, 6. Febr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung verlas der Außenminister Dr. Grig in seinem Exposé auf die durch den Frieden von Trianon geschaffene Lage. Auch das englisch-französische Bündnis sei ein Faktor, mit dem die Außenpolitik aller Länder zu rechnen hätte. Ungarn hoffe, daß es sich durch die großen Opfer des Friedens von Trianon das Wohlwollen der Westmächte gesichert habe und daß die Entente einsehen werde, daß die Unterdrückung legitimer ungarischer Bestrebungen auch im Interesse des europäischen Friedens läge. Die Königskrone sei eine ausschließlich innere Angelegenheit Ungarns, bei der kein auswärtiger Staat befragt würde.

In der Sitzung erklärte Ministerpräsident Graf Teleki in Beantwortung einer Anfrage, die Regierung betrachte die völlige Ausschließung der Königskrone als eine Vertrauensfrage. Bei der namentlichen Abstimmung wurde die Regierungsentwurf mit 109 gegen 17 Stimmen zur Kenntnis genommen.

Ein Gebenmüll

Dortmund, 6. Febr. Durch das Zurückgehen eines Pfeilers auf der Zecheanlage 13 der Zeche Montkenit in Solingen wurde eine Gruppe von 4 Bergleuten verdrängt. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Da aber die Bergleute kein Lebenszeichen gaben, ist anzunehmen, daß sie tot sind.

Die Einladung nach London

Die angekündigte Einladung zur Londoner Konferenz ist der deutschen Regierung nunmehr vom französischen Botschafter in Berlin überbracht worden. Die Regierung hat sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten. Es ist aber, falls keine neuen Verhandlungen eintreten, mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß am 1. März dem Bunde der Alliierten entsprechend deutsche „qualifizierte Vertreter“ in London erscheinen werden, denn Deutschland hat gar keinen Grund, einer solchen Unterredung aus dem Wege zu gehen.

Allerdings kann erwogen werden, ob nicht vor Annahme der Einladung eine Vorfrage geklärt werden muß. In Paris sind bekanntlich sogenannte „Sanktionen“ beschlossen worden, die in Kraft treten sollen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Entwaffnung nicht nachkommt, und es ist hinzugefügt worden, daß dieselben Sanktionen oder Strafbestimmungen auch für den Fall gelten sollen, daß Deutschland seine Wiederherstellungspflichten nicht erfüllt. Es ist aber einmütig noch nicht recht klar, ob die Anwendung dieser Sanktionen in Aussicht genommen ist erst für die Zeit, in der eine vertragsmäßige Regelung der Wiederherstellungspflichten erfolgt sein wird, oder ob diese Sanktionen dazu benötigt werden sollen, um die Zustimmung Deutschlands zu den Pariser Beschlüssen zu erzwingen. Da die Beschlüsse von Paris in Widerspruch zu dem Vertrag von Versailles stehen, wäre ein derartiges Unternehmen nichts weiter als ein richtiges Abenteuer. Der deutschen Regierung wäre es also nicht zu verargen, wenn sie sich vor Annahme der Einladung darüber vergewisserte, daß man in London mit ihr verhandeln und ihr nicht die Pistole einer rechtswidrigen Gewaltandrohung an die Brust legen wird.

Gibt die deutsche Regierung nach London, so wird eine ihrer ersten Pflichten sein, dort zu sagen, daß von den vier sogenannten Sanktionen zwei vertragswidrig sind, so daß ihre Anwendung unter allen Umständen — auch soweit es sich um die Entwaffnung handelt — einen Bruch des Vertrages bedeuten würde. Die Alliierten würden durch eine neue kriegerische Handlung den Frieden von Versailles zerbrechen, wenn sie unter irgend einem Vorwande in unbefestetes deutsches Gebiet mit Militärmacht eindringen würden. Dazu gibt ihnen der Vertrag in keiner Weise das Recht. Nebenbei steht es mit der andgedrohten zollpolitischen Abjournierung der besetzten Gebiete vom Reich. Der Friedensvertrag gestattet zwar den Alliierten, unter Umständen im besetzten Gebiet ein besonderes Zollregime zu errichten, aber nur dann, wenn dies im Interesse der Bevölkerung der besetzten Gebiete als notwendig erachtet wird. Die Errichtung eines besonderen Zollregimes kommt daher nur dann in Frage, wenn sie im angeblichen Interesse der Einwohner erfolgen soll. Sie als Drob- und Pressionsmittel gegen das übrige Deutschland zu mißbrauchen, dazu gibt der Vertrag den Alliierten nicht das Recht.

Auf der Londoner Konferenz wird dann zu sagen sein, daß und warum die deutsche Regierung die Pariser Beschlüsse als Grundlage der Verhandlungen ablehnt. Das ist eine Aufgabe, um die man trotz allem die deutschen Vertreter eigentlich beneiden kann. Wird in London um die Beschlüsse von Paris ein geistiger Kampf ausgefochten, so werden sich die deutschen Vertreter dabei in einer ungewöhnlich günstigen Stellung befinden. Wenn sie ihre Sache gut machen, dann werden alle vernünftigen Menschen ohne Unterschied der Nation für die Pariser Beschlüsse nur noch ein Gelächter übrig haben.

Da die deutsche Regierung die Pariser Beschlüsse nicht annehmen wird, und da die Vorschläge, die sie mitbringen wird, auf keinen Fall den Wünschen der Alliierten entsprechen werden, ist schon heute voranzusehen, daß die Londoner Konferenz resultatlos auseinandergehen wird. Dann steht die Entente vor der Wahl, ob sie einen Gewaltstreik ausführen oder die Reparationskommission ihres Amtes walten lassen will. Das zweite hat die weitaus größere Wahrscheinlichkeit für sich. Die Reparationskommission wird also zusammentreten müssen, sie wird eine genaue Liste der zu entschädigenden Kriegsschäden aufzustellen haben, und sie wird der deutschen Regierung Gelegenheit geben müssen, über die Richtigkeit dieser Aufstellungen gehört zu werden. Dann wird sie bis zum 1. Mai die Summe zu bestimmen haben, die Deutschland im ganzen zu zahlen haben wird und dennoch die Zehnersraten wenigstens für die ersten Jahre festsetzen. Sie wird dabei nicht die vertragswidrigen Pariser Beschlüsse einfach übernehmen können, sondern sie wird sich streng an die Bestimmungen des Versailler Vertrags zu halten haben.

Also, nach der Londoner Konferenz wird die Entente entweder zu Gewalttaten schreiten, oder aber die Pariser Beschlüsse werden dann nur noch ein Stück Papier sein. Die Entente wird es sich aber zum Schluß doch noch recht genau überlegen, ob sie sich vor aller Welt ins Unrecht setzen will. Tut sie das dennoch, so wird ihr das sicherlich auf die Dauer nicht zum Nutzen gereichen.

Shalt

St. 88⁰⁰

St. 18⁷⁵

St. 112⁰⁰

St. 24⁵⁰

St. 149⁵⁰

St. 29⁵⁰

St. 75⁵⁰

St. 15⁵⁰

St. 18⁷⁵

St. 24⁵⁰

St. 72⁵⁰

St. 2⁵⁰

St. 2⁷⁵

St. 4⁷⁵

St. 5⁷⁵

St. 4⁵⁰

St. 9⁵⁰

St. 3⁵⁰

St. 2⁵⁰

Die deutschen Konsumgenossenschaften gegen die Pariser Beschlüsse

Genossenschaftsvereine haben an die Genossenschaftler aller Länder folgenden Protest gerichtet:

Am 17. Mai 1919 richteten die Unterzeichneten an die Genossenschaftler aller Länder einen Aufruf, der den Verfall der Friedensverträge als einen unerschütterlichen Verstoß gegen alle genossenschaftlichen Anschauungen, Grundsätze und Bestrebungen brandmarkte, der allerhöchsten Widerspruch nicht nur der deutschen, sondern aller aufrichtigen Genossenschaftler der ganzen Welt hervorzurufen mußte.

Die Unterzeichneten erklärten, daß der unter Mißbrauch des von dem deutschen Volke den Gegnern entgegengebrachten Vertrauens, unter hinterhältigem Druck gegebener Zusicherungen und im Widerspruch mit Gerechtigkeit und Vernunft geplante Gewaltfriede ein Hohn auf das genossenschaftliche Ideal der Völkerverbrüderung und des Völkerriedens sei und für diese eine dauernde, unerträgliche Gefahr darstelle, deren Abwendung sittliche Pflicht aller human und ehelich denkenden Menschen und Völker sei.

Die weitere Entwicklung hat die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt: Gewalt ist vor Recht gegangen! Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist weiterhin in schamloser Weise verkrümelt worden, die Bestimmungen des Friedensvertrages wurden in unehelicher Weise zum Nachteil der Besiegten ausgelegt, und das Streben der durch den Zusammenbruch schwer bedrückten Völker nach Wiederaufrichtung mit einer Hoß und Verzweiflung erzeugenden Grausamkeit absichtlich und willkürlich gehindert.

Aller Gewalttätigkeit und Ungerechtigkeit wird aber die Krone aufgesetzt durch die in Paris aufgestellten Wiedergutmachungsforderungen, die das deutsche Volk auf Generationen hinaus zum wehrlosen Sklaven des internationalen Kapitals erniedrigen und ihm mindestens auf ein Jahrhundert hinaus die Möglichkeit rauben werden, seine Industrie und seinen Handel, die Grundlagen seiner Existenz und seines Fortschritts, seiner Kraft entsprechend zu entfalten. Das deutsche Volk soll zu dauernder Beschäftigung, zum Verzicht auf die bescheidensten Genüsse der Kulturmenschenheit, zum langsamen Verfall und geistigen Verkümmern verurteilt werden.

Ueber das Verbrechen an der Gesamtmenschheit, das in diesem kalblütig gefakten Beschluß liegt, wird die Geschichte ihr Urteil fällen. Die Springflut grenzenloser, gerechter Gerechtigkeit, die es hervorruft, wird ihre verheerenden Wirkungen bald erkennen lassen. Wir begnügen uns damit, das unerhörte Verbrechen zu kennzeichnen, das an der internationalen Genossenschaftsbewegung begangen wird. Die unermessliche Verletzung des deutschen Volkes bedeutet auch die unvermeidliche Verelendung der deutschen Genossenschaftsbewegung, mit der einer der frühesten Zweige des internationalen Genossenschaftsbundes zum Einsinken verurteilt wird. Wie könnte man noch von einer einheitlichen Genossenschaftsinternationale reden, wenn wichtige Teile unter Ausnahmestrichen stehen, die aller Billigkeit und Menschlichkeit spotten, wenn man viele Millionen tüchtiger und ehrlicher Genossenschaftler lebenslanglich zu bemitleidenswerten Sklaven jenes Systems der Ausbeutung und Anechtung stempelt, dessen Beseitigung das vornehmste Ziel aller genossenschaftlichen Tätigkeit ist? Für die lebendige und fruchtbare Teilnahme an der internationalen Genossenschaftsbewegung sind volle wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung aller ihrer Teile die unerlässliche Vorbedingung.

Deshalb protestieren wir gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz und richten an die Genossenschaftler aller Länder das dringende Ersuchen, im Interesse der genossenschaftlichen Internationale sich unserm Protest anzuschließen.

Hochverräter

Wenn in der deutschen Republik ein paar Arbeiter eine Vereinigung begründen, die aus völliger Verkennung militärischer Einrichtungen sich den großbürgerlichen Namen einer „Roten Armee“ beilegt, so wird in der gesamten reaktionären Presse mit hinlänglichem Geschrei erwidert: seit Ueberfahrungen werden erdichtet und lange Zeitartikel verfaßt, um die Verkommenheit dieser „von Moskau befohlenen Subjekte“ dem entrückten Publikum darzulegen. Wenn jedoch deutsche Bauern — die doch mit dem deutschen Boden ganz besonders verwurzt sein sollten — den Beschluß fassen, den Städten, die ohnehin knapp bemessene Milch durch Streik zu entziehen, so ist es allein die

sozialdemokratische Presse, die gegen diese Hochverräter ein kräftiges Wort zu schreiben wagt. Was der Großgrundbesitzer, was der Hund der Landwirte, der pommerische Landbund und ähnliche agrarische Organisationen gesündigt und wie sie zum Zusammenbruch Deutschlands beigetragen haben, das ist zwar zahlmäßig nicht festzustellen, ergibt aber für jene Gruppen ein gewaltiges Schuldkonto. Die leistenden Bauern in der Reichsarmee sind nun neurechts dazu übergegangen, durch Verammlungsresolutionen die Staatsanwaltschaft aufzufordern, sofort sämtliche Verhafteten auf freien Fuß zu setzen. Erreichte dieserlei hat sich die Staatsanwaltschaft diesen Forderungen, die noch dazu mit unverkennbaren Drohungen verknüpft waren, nicht gefügt. Darüber hinaus aber wäre dringend zu wünschen, daß die gegebenen Gesetze gegen diese Hochverräter mit der gleichen Strenge in Anwendung gebracht werden, mit der man gegen die Arbeiterbewegung und oft aus weit geringfügigeren Anlässen vorgeht.

Lotengräber des Richterhandes

Im „Vorwärts“ war kürzlich der Bericht über eine Versammlung zu lesen, auf der der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, referiert hatte. Dort war die Aeußerung gefallen, er, Severing, habe noch nie so bornierte Menschen kennen gelernt, wie in der Richterwelt. Er vermisse an ihr den demokratischen Geist und wünsche mit ihm die Verwaltung zu durchsetzen.

Die reaktionäre Presse als Sachwalterin des reaktionären Richtertums ist über diese Angriffe des Ministers äußerst aufgebracht. Sie fordert den deutschen Richterbund auf, gegen Severing Strafantrag wegen Verleumdung zu stellen und glaubt die preussisch-deutschen Richter vor diesem „Lotengräber des Richterhandes“ schützen zu müssen.

So lange es eine deutsche Justiz gibt, so lange gibt es eine Kritik an ihr, und die Sozialdemokratie hat das Verdienst, seit Jahrzehnten auf die Schande der Klassenjustiz hingewiesen und sie durch zahllose Beispiele demonstriert zu haben, der Klassenjustiz die eine Folge der bürgerlichen Klassengesellschaft ist. Die Angriffe gegen die Justiz haben sich seit der Revolution seitens der Sozialdemokratie gewaltig vermehrt, nicht infolge einer gehässigeren Stellungnahme gegen das Richtertum, sondern infolge der Erkenntnis, daß die gegenwärtige Rechtsprechung ein Hohn auf wahre Rechtszustände ist, daß sie mit allen Mitteln des formalen Rechts Klassenverhältnisse aufrecht zu erhalten bestrbt ist, die die Revolution eingegriffen und längst zum alten Gerümpel geworden hat.

Selten oder nie ist seitens der Sozialdemokratie gegen das Richtertum der Vorwurf bewußter Rechtsbeugung erhoben worden; immer richtete sich die Kritik vielmehr gegen eine Auslegung des Rechts durch Einnahme eines durch Klassenurteile fest verankerten Standpunktes. Wenn die konservative Presse glaubt, durch ein Verhüllen nur zu offenkundiger Tatsache das stärkste Bollwerk der Konterrevolution in Deutschland aufrecht erhalten zu können, so ist sie im Irrtum. In Wirklichkeit wird der Sache des preussisch-deutschen Richtertums durch nichts schlechter gedient als durch die begeisterte Vertiefung ihrer unhaltbaren Anschauungen seitens bornierter Reaktionen. Eine Verteidigung von dieser Seite wirkt in den Augen des Volkes konpromittierend, und in einer Republik, nach deren erstem Verfassungsparagraphen alle Macht vom Volke ausgeht, ist für die Beibehaltung eines klassenmäßig zusammengestellten Richtertums kein Platz mehr.

Wirtschaftspolitische Rundschau

Preisrückgang der Rohstoffe. — Forderung vermehrter Staatsbeiträge. — Behebung der Wohnungsnot. — Forderung auf Erhöhung der Kohlen- und Kupferpreise.

Gegen den Abbau der Preise widersteht sich Handel und Industrie, da sie Waren auf Lager haben und Rohstoffe zur Verarbeitung, die noch zu hohen Preisen heringekommen wurden und die, gemessen an den hütigen Rohstoffpreisen, nur mit Verlusten abgehoben werden können. Immerhin, die Gewinne sind so reichlich gewesen, daß noch eine erhebliche Spanne für den Preisabbau übrig bleibt, bis man unter die eigentlichen Produktionskosten kommt. Der Widerstand in einigen Industrien gegen den Preisabbau ist sehr stark, denn die Unternehmungen, die die Konzentration des Kapitals herbeiführen, sind vor allem durch ihre Kapitalbildung auf Preisregulierung, sie wirken hemmend gegen den Preisrückgang und schalten Unterangebot aus. Die Krise kann aber vor allem dadurch gemildert werden, daß wir die Konsumfähigkeit der Bevölkerung durch billige Warenangebote heben.

In solchen Zeiten der Geschäftskodung müssen die großen Auftraggeber in Staat und Gemeinde mit ihren Aufträgen stärker hervortreten, sie können damit am besten zur Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen. Allerdings muß von der Industrie verlangt werden, daß sie in solchen Zeiten Opfer bringt und auf die bisherigen Gewinne verzichtet. Noch wichtiger wird die Behebung des Baumaterials, die ohne Staatszuschüsse nicht möglich ist. Selbst wenn diese Zuwendungen durch eine auf viele Jahre verteilte Steuer wieder heringeholt werden, wird man diese Verteilung aber ertragen können, als den gegenwärtigen unermesslichen Aufwand, mitten in einer fürchterlichen Wohnungsnot, wo Baumaterialien und Arbeitskräfte im Ueberfluß vorhanden sind, den Bau von Wohnhäusern einzustellen, weil die Baukosten zu hoch sind. Auch für die Reparatur der Wohnhäuser müssen Anwendungen gemacht werden; das soll nicht zum Nutzen des Hauswirts geschehen, dessen Verzug damit im Wert erhöht wird; man möge die hierfür aufgewendeten Mittel als Subsidien eintragen lassen und bei einem Beschwoch der Wollung dieser Subsidien ausbedingen. Die Gemeinde und der Staat verlangen auf diese Weise später die aufgewendeten Mittel zum Teil wieder zurück und es ist dem Hausbesitzer nicht möglich, aus dieser Hilfsleistung einen unbedeutenden persönlichen Vorteil beim Verkauf des Hauses einzuflechten. Hier ist Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden und wir brähten mit ihr ein Werk zur Ausführung, das in sozialer Hinsicht reichlichen Nutzen stiftet.

Der Preisrückgang, der mit der Krise in enger Verbindung steht, ist leider auf einem Gebiet, wo er am schmerzhaftesten erwartet wird, dem Lebensmittelmarkt, nicht eingetreten. Nur wo die Preise stark überhöht werden vom Auslandsmarkt macht sich die Rückwirkung bemerkbar. Sennels, Margarine und Hülsenfrüchte sind um ungefähr 40 Proz., Kaffee um 50 Proz. im Großhandel zurückgegangen. Erheblicher sind die Preisrückgänge in der In-

dustrie für einige Rohstoffe. Gegenüber der höchsten Preislage für Baumwolle im vorigen Jahre mit 33 Mark das Kilogramm, verzeichnen wir gegenwärtig eine Preislenkung auf 23 Mark, Garne sind von 170 auf 62 Mark, Gewebe von 24 auf 10 Mark im Großhandel gesunken. Für Leder ist ein Rückgang von 60 bis 80 Prozent zu verzeichnen; Seide ist bis zu 70 Proz. niedriger im Preis, Kunstseide um 65 Proz. In den Kleinhandelspreisen kommt dieser Preisrückgang noch nicht zum Ausdruck, jedoch war die Preislage so hoch, daß selbst die letzte Senkung noch nicht an die Kaufkraftfähigkeit d. r. großen Masse heranlang. Immerhin besteht die Aussicht, daß bei der gegenwärtigen Marktlage der weitere Preisrückgang nicht aufzuhalten ist.

In einem Gegenatz hierzu steht allerdings die Forderung des Kohlenverbandes, die Preise für Steinkohle zu erhöhen; für Braunkohle ist die Preisberaumung bereits erfolgt. Im vorigen Jahre hat das Reichswirtschaftsministerium die Ansprüche der Bergwerke abgelehnt mit der Begründung, daß die höheren Löhne ausgeglichen werden durch den Preisrückgang der Materialkosten für den Bergbau. Es wird deshalb auf Neue zu prüfen sein, ob nicht die weiteren Preisrückgänge auch gegenwärtig die erhöhten Anforderungen im Bergbau unbedeutend erscheinen lassen. Auf dem Kohlenmarkt verdrängt sich übrigens die Lage ganz erheblich. Die amerikanische Kohle, die im Frühjahr 1920 in Rotterdam mit 2000 Mark die Tonne angeboten wurde, fiel im Preis im Laufe der vorigen Woche bis auf 550 Mark, und in England ist der Kohlenpreis von 160 Sch. auf 90 Sch. gefallen. Da im Ruhrort der Kohlenpreis noch immer auf 225 Mark liegt, so ist die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreis noch sehr erheblich. Neben mir über die teuren Eisenbahnfrachten für die entfernteren Bezirke hinzu, so nähern wir uns sehr dem Weltmarktpreis, so wird die Auslandskohle sehr erfolgreich in Konkurrenz mit der Inlandskohle treten können. Volkswirtschaftlich bei unserer Schwäche im Außenhandel, ein höchst bedenklicher Zustand. Schon gegenwärtig führen wir wöchentlich ungefähr 18 000 Tonnen ausländischer Kohle ein, während wir in der Lage sein könnten, die Anforderungen auf dem heimischen Markt voll zu decken.

Nicht minder übel steht es mit der Erhöhung der Kalkpreise aus. Wir haben allerdings hier die Aussicht auf das Gedächtnis der Preise nur gehalten, weil wir für die Ausfuhrmengen so hohe Preise bekommen, daß die Inlandskohle gedrückt werden könnten. Aber eine Preisrückbildung von 50 Prozent wäre von den übelsten Folgen, denn die Landwirtschaft drängt auf eine Preislenkung der Düngemittel und leidet die gestellten Anforderungen ab. Die Rückbildung auf unsere Ernährungswirtschaft ist deutlich erkennbar. Es muß deshalb sehr eingehend untersucht werden, ob die Forderung des Kalkverbands, der wichtig ist, zumal hier große Gewinne in der zurückliegenden Zeit verbucht sind. Die Industrie muß sehr angehalten werden, ihre Kalkultationen sehr genau vorzunehmen und es muß ihr klar gemacht werden, daß die Zeit der großen Gewinne vorüber sein muß.

Madame Bovary

38 Roman von Gustave Flaubert.

(Fortsetzung.)

„Mein Gott! Mein Gott!“ stammelte sie. „Ist Ihnen nicht wohl?“ fragte er jetzt besorgt. „Das kommt jedenfalls von der Verdauung. Gehen Sie nach Hause, Frau Bovary, und trinken Sie Tee, das wird Sie stärken; vielleicht hilft auch ein Glas frisches Zunderwasser.“

„Weshalb?“ Und sie sah aus wie jemand, der aus einem tiefen Traum erwacht.

„Weil Sie so mit der Hand nach der Stirn greifen, glaube ich, daß Sie einen Schwindelanfall bekommen hätten. Aber wollten Sie mich nicht etwas fragen? Ich glaube, Sie kamen deswegen zu mir?“

„Ja? Nein, gar nichts!“ antwortete Emma und ließ ihren zitternden Blick auf dem alten Manne haften, der sie etwas erstaunt ansah.

„Dann entschuldigen Sie mich, bitte, Frau Bovary. Die Pflicht ruft mich, ich muß zu den Taugenichtsen dort. Wir stehen so kurz vor der Kommunion, und ich fürchte, wir werden bis dahin nicht fertig. Vom Himmelfahrtstage an werde ich jeden Mittwoch und Samstag eine Stunde mehr geben müssen. Man kann die Kinder nicht früh genug auf den Weg des Guten leiten, und der Herr selber hat es uns ja befohlen durch den Mund seines göttlichen Sohnes. Lassen Sie es sich gut gehen, Frau Bovary, und grüßen Sie mir Ihren lieben Mann!“

Er trat wieder in die Kirche und machte vor dem Altar eine Verbeugung.

Emma sah ihm nach, wie er zwischen den Bänken hindurch ging, schwerfällig und mit gesenktem Haupt.

Dann wandte sie sich mit sonderbar starren Bewegungen, wie ein Bild von Stein, und trat ihren Heimweg an. Sie hörte noch, wie der Pfarrer mit seiner tiefen Stimme Fragen an die Kinder stellte und diese mit heller Stimme antworteten.

„Ist da ein Christ?“

„Ja, ich bin ein Christ.“

„Was ist ein Christ?“

„Ein Christ ist derjenige, der getauft ist.“

Sie hieß die Treppe hinauf, indem sie sich am Geländer festhielt, und sank dann in ihrem Zimmer in einen Sessel. Ein blasses Licht fiel durch die Scheiben, der Tag ging

langsam zu Ende. Die Schatten vertieften sich, und die Gegenstände im Zimmer sahen so fremd aus. Am Kamin brannte kein Feuer, nur die Uhr tickte laut. Emma begriff nicht, wie alles so still sein konnte, während in ihrem Herzen der Aufruhr tobte. Am Fenster spielte die kleine Verta; sie verstaubte mit unruhigen Schritten in ihren gestrickten Schuhen sich der Mutter zu nähern, um mit den Schellen ihres Kleides zu spielen.

„Nah mich“, sagte diese und weckte der kleinen Hand. „Aber das kleine Mädchen kam noch dichter an ihre Arme, stammerte sich an ihr fest und sah sie mit den großen, blauen Augen zutrollen an, während aus dem Munde etwas Sprichel auf die leibende Schwärze der Mutter tropfte.“

„So laß mich doch!“ wiederholte die junge Frau ärgerlich. „Ihr böses Geschick erschreckte das Kind, das zu weinen anfing. Da schrie sie zornig: „So geh doch!“ und stieß das Kind mit dem Ellbogen zurück.“

Verta fiel mit dem Kopf gegen die Kommode und richtete sich an einem der kupfernen Beschläge das Mädchen, so daß Blut floß. Schnell hob Frau Bovary sie auf, zerriß fast die Mangeln und rief laut nach dem Dienstmädchen, so daß Karl besorgt ins Zimmer trat.

„Sieh nur“, sagte Emma ruhig, „das Kind hat sich beim Spielen gehoben.“

Karl sah nach und fand, daß es ganz ungefährlich sei. Er ging, um etwas Seifensalber zu holen.

Frau Bovary kam zum Essen nicht herunter. Sie wollte bei dem Kinde bleiben. Als sie es dann ruhig schlafen sah, schwand über Besorgnis mehr und mehr, und sie kam sich selbst sehr gutmütig und fast töricht vor, daß sie sich wegen solch einer unbedeutenden Ursache aufgeregt hatte. Verta lag ganz still, und nur ihre Atembewegte leiste die Deke. An ihren Wimpern hingen noch die Tränen. Zwischen den halbgeschlossenen Lidern sah man die blauen Augensterne, und das Plaster auf der Wange zog die Haut in Falten.

Es ist merkwürdig, wie häufig das Kind ins Licht Emma. Als Karl abends gegen elf Uhr nach Hause kam, fand er seine Frau noch immer neben der Wiege.

„Du kannst mir glauben, daß es ganz ungefährlich ist“, sagte er. „Kneifste dich nicht weiter, du machst dich noch ganz krank damit, Liebste.“

Er hatte sich lange mit dem Apotheker unterhalten. Dieser hatte sich verpflichtet gefühlt, ihn über den Unfall der Kleinen zu trösten. Dann hatte man über die Gefahren gesprochen, die den Kindern drohen, und von der Unvorsichtigkeit der

Dienstmoten. Frau Bovary selbst trug noch jetzt eine Narbe auf der Brust, wo eine Köhlin sie als Kind mit siedendem Öl verbrannt hatte. Und dabei waren ihre Eltern doch so vorichtig gewesen; nie wurden die Messer geschärft oder die Böden gewischt. Vor den fremden waren Gitter angebracht und die Kammer durch Geländer isoliert. Sie ließ auch ihre eignen Kinder nie ohne Aufsicht, beim geringsten Husten klopfte der Vater sie mit Rektoriae voll, und bis zu vier Jahren mußten sie unabweisbar gepökelte Halsbänder tragen. Dies war nun allerdings ein Mann der Frau Bovary, aber die ihr Gatte sehr unzufrieden war, denn er fürchtete, daß das Weib der Kinder unter dem Druck leiden könnte, und er hatte sich schon einmal unwillig gefragt: „Du willst wohl Karibben oder Wollkudeln aus ihnen machen?“

Karl hätte die Unterhaltung gern eher abgedreht. Er flüsterte dem Sprecher zu: „Ich habe noch etwas mit Ihnen zu sprechen.“

Sie verabschiedeten sich, und Leon ging mit ihm hinunter. Ob er etwas gemerkt hat? dachte er bei sich. Sein Herz klopfte heftig, und die schmerzlichen Vermutungen fliegen in ihm auf.

Als sie draußen waren, hat ihn Karl, sich doch in Rouen nach dem Preise einer guten Photographie zu erkundigen. Er wollte seine Frau damit überraschen, sein Bild sollte eine ganz Kaufkraft für sie sein. Nur möchte er gern vorher wissen, wie teuer es ungefähr wäre. Leon, der so oft nach Rouen fuhr, konnte ja ohne große Mühe danach fragen.

Deshalb Leon so oft nach Rouen fuhr, darüber hatte der Apotheker sich schon oft den Kopf zerbrochen und anfangs eine „Webergeschichte“ dahinter gemittelt. Aber darin knüpfte er sich, denn Leon dachte an seine Schwester. Er war tollfoller denn je, und Frau Bovarys merkte es auch an den Schülern, die unbedürftig wieder vom Tische kamen. Sie hatte schon den Steueremnehmer gefragt, ob er sich das erklären könne, aber der hatte nur unruhig geantwortet: Er sei nicht bei der Polizei gefesselt.

Trotzdem war auch ihm das seltsame Betragen seines Lebensgenossen aufgefallen.

„Sie machen sich nicht genug Zerstreung“, hatte einmal zu ihm gesagt.

„Welche Zerstreung könnte ich mir wohl machen?“

„Schaffen Sie sich doch auch eine Drehbank an!“

„Aber ich kann ja nicht dreheln“, erwiderte der Sprecher. „Das ist schade“, sagte der andere und strich sich schüchtern über den Kopf, „aber das ist doch ein wenig.“ (Fortsetzung folgt.)

Abg. Schöpflin über die Reichswehr und den Etat der Reichswehr

Zum Auftrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sprach am 27. Januar Abg. Genosse Schöpflin zum Etat der Reichswehr und am 3. Februar zu dem neuen Wehrgesetz für das Deutsche Reich. Wir sind infolge der sehr unangünstigen Verkehrsverhältnisse bei der Wiedergabe der Reichstagsverhandlungen auf den durch W.B. veröffentlichten Bericht leider angewiesen, der meistens nichts sagend ist und den Lesern nicht die Möglichkeit bietet, sich ein Bild von den Verhandlungen im Reichsparlament zu machen.

Aus dem amtlichen Stenogramm über die Sitzung vom 27. Januar geben wir auszusweise einen Teil der Rede des Genossen Schöpflin hier wieder. Mit dem Abdruck früher zu beginnen, verbietet sich aus Gründen des knappen Raumes. Wir werden dann noch das Stenogramm über die Rede Schöpflins zum Wehrgesetz folgen lassen:

Schöpflin, Abgeordneter:

Meine Herren, von der Sparsamkeit, über die in Deutschland sehr viel gesprochen und ebenfalls geschrieben wird, ist in dem vorliegenden Reichswehretat nicht allzu viel zu merken: (sehr richtig bei den Sozialdemokraten) und selbst wenn man die Abstriche berücksichtigt, die der Hauptausschuß vorgenommen hat und deren Höhe wir soeben aus dem Munde des Berichterstatters erfahren haben, so bleiben immer noch Ausgaben, die nach meiner letzten Überzeugung in dieser Höhe nicht notwendig sind, ohne daß, wenn weiter abgetrieben würde, dienstliche oder militärische Interessen irgendwie gefährdet würden. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

An der Zahl der Generale könnte eingespart werden. Ich bin überzeugt, daß man von der Zahl der Obersten ruhig 25 bis 30 wegstreichen könnte, ebenso weitere 100 Stabsoffiziere, ohne daß irgendwelche dienstliche Interessen in Gefahr kommen würden. Genau so sieht es beim Reichswehrministerium, das sich ja zu einer Art

bureaucratischen Wasserlopfes

entwickelt hat. Im Reichswehrministerium sind 215 Offiziere, 252 Beamte und 331 Angestellte. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist für ein solches Heer eine geradezu ungeheuerliche Zahl von Beamten und Offizieren an der Zentralstelle. Nun soll zwar abgebaut werden. Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit dem Reichswehrministerium und überhaupt mit militärischen Behörden, die abgebaut sollen, gemacht haben, sehe ich diesen Dingen bezweifelnd mit großem Misstrauen entgegen.

Bei der Besetzung der Reichswehr mit höheren Offizieren ist darauf aufmerksam zu machen, daß speziell bei den

Stabsoffizieren geradezu verwerfend gewirtschaftet

wird. Bei einer ganzen Anzahl von Formationen, für die nach dem alten militärischen Regime Stabsoffiziere als Kommandeure in Frage kamen, sind Obersten verwendet, für die Truppenabteilungen sind ebenfalls durchgängig Obersten als Truppenabteilungsabteilungsbeurtheiler vorgesehen, für die Festungen — was man jetzt noch Festungen nennt — 6 Generale. Ein General, der für Berlin vorgesehen ist, soll, wie ich inzwischen gehört habe, befestigt werden.

Angesichts einer derartigen Besetzung mit höheren Offizieren darf man ruhig sagen, daß man sich gegenseitig sehr hübsch verfehlt hat, insbesondere in den höheren Stellen.

Ebenso sieht es mit der Verwendung von Pferden. Wenn für das Reichswehrministerium über 200 Pferde angefordert sind, so sieht das mit dem Dienst, der dort zu leisten ist, und mit dem militärischen Bedürfnissen in gar keinem Verhältnis. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Ich darf auch mit einem Wort darauf hinweisen, daß zu den 78 373 Mannschaften, die wir in dem 100 000 Mann-Heer haben, 17 627 Unteroffiziere gebildet werden; das macht auf je 5 Mann einen Unteroffizier, was ziemlich reichlich ist.

Genau so sieht es mit den sächlichen Aufwendungen, auf die ich nur an zwei oder drei Beispielen eingehen kann, weil ich sonst zu lange sprechen würde, was nicht meine Absicht ist. Ich kann Ihnen schon an diesen Beispielen zeigen, wie auch da gewirtschaftet wird. Magdeburg hat jetzt, wo wir das 100 000 Mann-Heer haben, folgende Garnison: das bisherige Pionierbataillon mit 450 Mann, ein Reichswehrcorps mit 500 Mann, eine Fahrbatterie mit 180 Mann, eine Kraftfahrzeugabteilung mit 250 Mann, zusammen etwa 1440 Mann. Um diese 1440 Mann unterzubringen, werden jetzt in Magdeburg gebraucht: die Infanteriekaserne, die vor dem Kriege ganz neu erbaut war und früher das ganze Infanterieregiment 26 beherbergte hatte; eine Artilleriekaserne, auch vor dem Kriege neu erbaut, die ein ganzes Artillerieregiment beherbergte hatte; eine Pionierkaserne, die vor dem Kriege für das damalige Pionierbataillon vollständig ausreichte; die ebenfalls kurz vor dem Kriege neu erbaute Truppenkaserne, die das ganze damalige Truppenbataillon vollständig beherbergte; eine Kaserne für die Schwereartillerie, ebenfalls vor dem Kriege neu erbaut, die damals die ganze Artillerie beherbergte; das große Artilleriepark mit seinen hallenartigen Räumen, das in großem Umfang ausgebaut worden ist und vor dem Kriege das Depot für das gesamte 4. Armeekorps gewesen ist. Also für die 1440 Mann hat man jetzt Kasernen in einem Umfang, wie sie früher für eine Kavalleriebrigade viel größere Truppenmenge vorbehalten wurden.

Nun ist zuzugeden und richtig, daß man, wenn die Leute zwölf Jahre lang in der Kaserne gehalten werden sollen, sie natürlich nicht so in Mannschafsstuben hinstellen darf, wie es vor dem Kriege und noch mehr natürlich in der Not des Krieges geschehen ist. Wenn man nicht für eine ausreichende Unterbringungsgelassenheit sorgt, wird man kaum Leute bekommen. Zwischen Mannschafsstuben und einer Ausdehnung wie der, von der ich eben gesprochen habe, ist doch noch ein Unterschied. Das werden sogar Sie, Herr v. Schöck, doch begreifen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Wasden rechts.) Ich wiederhole also: hier wird mit dem Raum eine außerordentliche Verschwendung in den Kasernen getrieben. Nur ganz bestimmte Verläufe halten mich ab, zu sagen, zu welchem Zweck das geschieht. Aber es wird ja wohl auch so verstanden werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ein anderes Beispiel! Es betrifft Gassel. Eine Eingabe der Standort-Casell an die 5. Infanteriedivision fordert, daß aus den dortigen Kasernen 40 Unteroffiziere aus Dienstwohnungen herausgenommen werden; ferner werden jährlich 50 Wohnungen für verheiratete Unteroffiziere gefordert. Die Militärbehörde wehrt sich gegen die Forderung des Stabsministeriums, für ein Viertel des Mannschaftsbestandes Wohnungen in den Kasernen zu errichten. Das Kommando ist dagegen. Der Standort-

Casell erklärt, der Bedarf an Raum für einen verheirateten Unteroffizier beträgt mindestens das Doppelte des für einen Unteroffizier benötigten Raums. Das erscheint mir reichlich hoch. Aber diese Verhältnisse kommen nicht zuletzt daher weil, in bezug auf Offiziere und Unteroffiziere eine kaum verständliche Versorgung stattfindet. Den Herren Offizieren wird durchgängig jeder Wunsch hinsichtlich der Wahl ihres Garnisonaufenthalts erfüllt. Dadurch tritt ein außerordentlicher Wohnungsmangel ein, und eine ganze Reihe Städte kommen in die alleräußerste Bedrängnis hinsichtlich der Wohnungfrage durch diese großen Verzejungen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) In Gassel hat das dazu geführt, daß nach Angaben selbst der

Militärbehörde jetzt jährlich 1 Million Mark mehr ausgegeben werden müssen für den doppelten Hausbau.

Hier werden Summen aufgegeben, die in einem streitenden Gegensatz zu der Finanznot stehen, unter der das Reich leidet.

Dieser Tage ging durch die Presse eine Notiz, die von den Seckmüllern handelt, die bestimmte Kreise des deutschen Volkes im letzten Jahre vertrieben haben sollen. Wenn man den Etat betrachtet, dann findet man Seckmüllern, die auch nicht immer allzu zweckmäßig, wie ich gezeigt habe, aufgewendet werden. Dies veranlaßt mich zu einer Frage an den Herrn Reichsfinanzminister.

Er spricht uns hier bei jeder Gelegenheit in der ihm eigenen Verehrlichkeit davon, wie notwendig die größte Sparsamkeit sei, wie man überall lernen müsse, sich zu bescheiden. Wo blieb diese Mahnung des Herrn Reichsfinanzministers beim Militärret? Da habe ich wirklich nicht bemerkt, daß der Herr Reichsfinanzminister die von ihm empfohlenen Sparsamkeit zur Durchführung gebracht hätte.

Vielleicht hat ihm aber eine Sparsamkeit imponiert. Im Dispositiv des Kap. 1 Tit. 1 findet sich nämlich folgendes:

Der Reichswehrminister ist bei Bedarf auf die Dienstverpflichtungen der Heeresleistung angewiesen!

Doch wenigstens einmal „Sparsamkeit!“ In den guten Beziehungen zwischen dem Chef der Heeresleitung und dem Herrn Reichswehrminister ist ja die Sorge wohl nicht nötig, daß der Chef des Heeres dem Herrn Reichswehrminister eines schönen Tages den Kraftwagen herri und der Herr Reichswehrminister dann zu Hause gehen muß. Diese Sparsamkeit scheint mir die zu sein, wie die Sparsamkeit des Verstandes, der das Geld zu allerlei Zwecken mit vollen Händen ausgibt, aber beim Streichhölz außerordentlich sparsam ist. Ich habe auf die Streichungen des Hauptausschusses schon hingewiesen und darf hinzufügen, daß inzwischen die parlamentarischen Heingekommenen durch die Wandelgänge des hohen Hauses hüpfen und verlaufen, die Streichungen illusorisch zu machen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Es soll auch da wieder ein großer Teil der im Hauptausschuß gestrichenen Summen in den Etat hineingebracht werden. Ich kann heute schon darauf hinweisen, daß sie da mit dem energischen Widerstand meiner Fraktion zu rechnen haben. Ich bin im Gegenteil der Meinung, der Reichstag hat die Pflicht über die Streichungen im Hauptausschuß hinauszufragen und mindestens die sozialdemokratischen Anträge anzunehmen.

Das Vorkommen, gegen das wir uns schon früher scharf ausgesprochen haben, scheint wieder im Aufstehen zu sein, zwar nicht mehr in der Form wie früher, aber tatsächlich tritt es wieder in Erscheinung. Da ist die Frage berechtigt: Herr Reichswehrminister, wer dient denn eigentlich in der Reichswehr noch mit Waffe? Wir haben 78 383 Mannschaften einschließlich der Geseitigen und Obergeleiteten, darunter fallen nun die Burshen zu Burshen, dienst u. das Pferdhaltepersonal, die Wundknechte und die Schreiber. Wenn man die absieht, wer dient da eigentlich für den Dienst mit der Waffe?

Dann kommen die Musiker. Die Zahlen schwanken, 3, 6 oder 8000, es sind jedenfalls die Musiker da. Ich sehe auf dem Standpunkt und spreche ich ganz offen aus: hat man einmal eine Truppe, dann ist zweifellos irgendeine Musik dazu notwendig. (Sehr richtig!) Wer die Militärmusikante kennt, der weiß, daß vollständig Musik dazu gehört. Aber ob der Umfang, ob die vorgesehene Stärke der einzelnen Musiktruppen notwendig ist, das ist eine Frage, über die wir uns näher unterhalten können, wenn wir mehr Zeit haben beim nächsten Etat. Worauf wir aber besonderen Wert legen müssen, ist, daß der alte Umfang aufreht, daß die Militärkapellen den Zivilkapellen gegenüber eine solche Konkurrenz bilden, wie es früher der Fall gewesen ist.

Dann noch ein Wort über die Offiziere, die aus dem Unteroffiziersstand hervorgegangen sind. Sie haben freie Wahl, daß ihre Stellung innerhalb der Offiziere eine nicht gerade immer angenehme sei. Das versteht sich, wenn man den Geist unseres Offizierskorps kennt. So wie der Feldwebellieutenant während des Krieges eine sehr unangenehme Figur im Heere war, so scheint auch zu einem Teile der Offizier, der aus dem Unteroffiziersstand hervorgegangen ist, eine nicht immer angenehme Situation zu haben. Es scheint aber, daß ein Teil dieser Herren sehr geschädigt wurde, als sie vor der Frage gestellt wurden, ob sie Offizier werden wollten. Sie mußten sich verpflichten, den Offiziersberuf als Lebensberuf zu wählen. Die Unteroffiziersberufsberechtigung haben sie auf. Eine ganze Reihe von Fällen liegt vor, wo den Herren nach wenigen Monaten erklärt wurde: „Die Heeresleitung zwingt uns Sie zu entlassen“, so daß gerade diese Herren — ihre Zahl ist, wie mir berichtet wurde, eine nicht geringe — in eine wirklich unangenehme Lage kommen. Ich will mir nicht zu eigen machen, was mir in voller Bitterkeit einer der Herren sagte: „Diese Maßregel, die oft sehr scharf verhängt und durchgeführt wurde, scheint abschreckende Wirkung ausüben zu sollen, damit in Zukunft der Wunsch, Unteroffizier zum Offizier zu befördern, nicht so stark zum Ausdruck kommt.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann liegt ihnen der Antrag 1332 Dr. Rabrows vor, der die reichsgesetzliche Neuordnung der Bestimmungen über den militärischen Waffengebrauch verlangt. Das ist notwendig. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen; sie haben in den letzten Wochen in den Verhandlungen des Reichstags eine Rolle gespielt, daß beim Waffengebrauch sehr belästigende Mißbräuche eintraten. Vor allen Dingen scheint sich jetzt immer mehr etwas herausgebildet zu haben, nämlich die Konstruktion des Fluchtwegs, und man hat manchmal den Eindruck, daß die Weglosigkeit zu einem Fluchtweg gegeben wird, um mit um so größerer Berechtigung schießen zu können. — Ferner wird in demselben Antrag verlangt die Befreiung der Rechte des Gerichts. Ich bitte jetzt schon um seine Annahme.

Wir verlangen dann weiter in dem Antrage, daß der Herr Reichswehrminister unter größter Beschleunigung dem Reichstage ein Verzeichnis vorlegt der in den einzelnen Garnisonen vorhandenen Waffensbestände der Reichswehr und der Reichsmarine, ferner, daß das geforderte Verzeichnis auch Zahl und Art der Waffen- und Munitionsmengen, die etwamäßig der Reichswehr zugehen, enthalten soll.

Eine Entschlieung des Hauptausschusses fordert so auch eine Vereinfachung der Verwaltung beim Reichswehr. Ich will dazu folgendes noch sagen. Ich erachte die jetzige Organisation der Reichswehr an der Spitze für äußerst gefährlich. Die Spitze steht jetzt so aus, daß der Herr Reichswehrminister neben dem Chef der Heeresleitung und der Marineleitung die Spitze ist. Das ist eigentlich der alte Zustand mit neuem Namen: früher der Kriegsminister als reiner Verwaltungsmilitär, dann der große Generalstab, das Militär- und das Marinekabinett. Die eigentlichen militärischen Gewalthaber waren die Herren außerhalb des Kriegsministeriums. Das Uebel dieses Zustandes, das während des Krieges so scharf in Erscheinung trat, hat ja dazu geführt, daß

wir kurz vor dem Zusammenbruch im Oktober 1918 den Zustand änderten und den Kriegsminister zum Oberbefehlshaber machten. Ich darf je nur daran erinnern: was haben uns während des Krieges hier im Reichstag alle unsere Beschwerden, alle Hinweise auf Mißstände im Heere genützt? Der Herr Kriegsminister konnte sie schließlich gehoramt dem Chef des großen Generalstabs unterbreiten; er selbst konnte so gut wie nichts verfügen, wenn es nicht eine reine Verwaltungsangelegenheit war. Wir hatten den Kriegsminister, aber diejenigen, die befehlen, waren nicht im Reichstag verantwortlich. Sie pfiffen draußen ein lustig Viehlein auf alle Beschlüsse und alle Forderungen des Reichstags. (Zuruf von der äußersten Linken: Heute ist es genau so!)

Heute steht nun die Situation so: beim Herrn Reichswehrminister

ein Chef rechts, ein Chef links, und in der Mitte, so gleichsam von zwei kräftigen Soldatenfäusten gepackt, zappelt der Herr Reichswehrminister als parlamentarischer Briggelknabe.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.) Wenn Ihnen das Bild zu groß erscheint, dann wollen wir es milder sagen: Propheten rechts, Propheten links, das Viehlein in der Mitte.

Bei einem nicht sehr energischen Reichswehrminister ist dieser Zustand für die Herren Militärs ein ungemein angenehmer. Sie haben einen Jivilliten, der in den Reichstag geht und dort als Augelfang dient. Sie selbst aber, die die eigentlichen Befehlshaber sind, sitzen draußen und freuen sich, daß es wenigstens nur ein Jivilliten ist, der diese Kritik aushalten muß. Nun sagt uns zwar der Herr Reichswehrminister, daß er ein harter Wehrminister ist. Auf dem demokratischen Baricade in Nürnberg hat er erklärt: „Ich weiß, was ich will, und das, was ich will, das kann ich auch.“ Da heute der 27. Januar ist, kam mir die Erinnerung an jenes Wort: „Sie volo, sie jubeo.“ (So will ich, so befehle ich.) Ich kann mir vorstellen, wie die unansen bürgerlichen Demokraten erwidert waren, als der Herr Reichswehrminister so kräftig sprach. Der Bericht verzeihmet ja auch für mich den Besfall.

Was will nun der Herr Reichswehrminister? Wir müssen uns bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge einen Augenblick mit ihm auseinandersetzen. In einer Ansprache an den Herrn Reichspräsidenten am 2. Juni vorigen Jahres erklärte der Herr Reichswehrminister in Gegenwart der Generale und des Herrn Reichspräsidenten:

Bei Übernahme meines Amtes kam es für mich vor allem darauf an, die Truppe aus dem Bürgerkrieg herauszuführen und die Möglichkeit zu gewinnen, sie wieder zum inneren Gehlen zu bringen. Vor allem lag der Wiederung daran, in Zukunft von der gefantem Reichswehr den Schutz der Verfassung gewährleistet zu wissen. Es darf im Offizierskorps wie überhaupt in der Reichswehr keine Gefinnungsschwüffelei geben. Die politische Glaubensfreiheit hochzuhalten, haben wir allen Anlaß.

Ich bitte Sie, das zu beachten.

Freilich kann niemand ein öffentliches Amt bekleiden, der nicht bereit ist, unter allen Umständen seine dem Staate gegenüber dadurch übernommene Pflicht zu tun. Das müssen wir insbesondere von jedem militärischen Führer verlangen.

Sehr schön und sehr gut gesagt. Aber wenn man nun seit der Zeit, in der der Herr Reichswehrminister sein Amt ausübt, die Vorgänge in der Reichswehr verfolgt, dann ist die Frage nicht nur berechtigt, sondern zwingend geboten:

hat der Herr Reichswehrminister auch alles getan, was notwendig ist, und alles mit der Energie und mit der Tatkraft, getan, die nötig ist, um das, was er vor den Generalen und dem Herrn Reichspräsidenten programmatisch verkündet hat, nun auch durchzuführen?

Ich denke nicht daran, von dem Herrn Reichswehrminister zu verlangen, daß er uns jetzt 2 1/2 Jahre nach dem Zusammenbruch, zu einer Zeit, wo er noch nicht einmal ein Jahr im Amte ist, ein belinake tabellensches Heer vorführt. Die Schwierigkeiten, die hier vorliegen, sind jedem, der sich mit militärischen Dingen befaßt, bekannt. Daß der Ausbau des Heeres schwer ist, daß man da mit einiaer Geduld zuleihen muß, weiß ich, und ich nehme auch bei der Gelegenheit, das besonders zu betonen. Auch dafür muß man vernünftigerweise Verständnis haben, daß nach dem Zusammenbruch Disziplinlosigkeit und Uebergriffe in höherem Maße vorkommen, als sie unter normalen Verhältnissen möglich waren. Daß der Geist des Offizierskorps beim Ausbau, bei der Ordnung der Reichswehr viele Schwierigkeiten heraufzurufen, ist ebenfalls Tatsache. Daß die Mannschaften keineswegs mehr so leicht zu lenken und in Ordnung zu halten sind wie früher, erklärt sich aus unserer ganzen Situation. Aber selbst wenn man das alles in Betracht zieht und das alles widerständig auslegt und sagt, bleibt immer noch so viel übrig, daß es zu den allerersten Bedenken mit Anlaß ist.

Jeder ehrliche Freund der Republik und jeder Gegner der Wiederaufrichtung einer nationalitisch verfeuchten Wehrmacht muß alltätlich bei bestimmten Reichswehrverbänden und in bestimmten Offizierskreisen sehen, daß nicht mit dem erforderlichen Ernst und nicht mit der nötigen Tatkraft daran gearbeitet wird, den Geist der Reichswehr mit ihren wirklichen Aufgaben in Einklang zu bringen. Das ist das Entscheidende. Eine der Hauptaufgaben ist es, die Reichswehr dahin zu bringen, daß sie ein absoluter Schutz für die Verfassung und für die Republik ist, ganz gleich, von welcher Seite der Republik und der Verfassung irgendeine Gefahr droht.

Nun hat der Herr Reichswehrminister in einem Artikel im „Abt-Abendblatt“ erklärt:

Das Offizierskorps ist in seiner Mehrheit zweifellos monarchistisch.

Dadurch richtig! Ich bin überzeugt, daß es in seiner überwiegenden Mehrheit monarchistisch gefinnt ist. Wenn man aber diese Tatsache kennt und in Deutschland die Erscheinungen betrachtet, die mit monarchistischen Organisationen und Verbänden zusammenhängen, dann glaube ich, muß ein Reichswehrminister beim der Schutz der Verfassung in besonderer Nähe anbertraut ist, mit schärfstem Auge und mit schärfstem Wehr auch das Offizierskorps beachten. Gerade er muß als parlamentarischer Reichswehrminister, der ja auch Politiker dabei ist und der im Falle des Herrn Dr. Gessler Demokrat ist, ein besonderes Interesse haben und eine besondere Pflicht anerkennen, dafür zu sorgen, daß bei der Reichswehr Exzesse gegen die Verfassung und Republik nicht stattfinden. Er muß auf das Offizierskorps wohl oder übel ein äußerst scharfes Augenmerk richten. Ich verlange keine Gefinnungsschwüffelei. Aber

wenn Offiziere, die monarchisch gefinnt sind, im Solde der Regierung stehen, dann muß unter allen Umständen von ihnen gefordert und diese Forderung muß rücksichtslos durchgeführt werden, daß sie innerhalb und außerhalb des Dienstes die beliehenden Staatsverpflichtungen nicht verheßen, die Verfassung der Republik nicht ostentativ mißachten und monarchistische Demonstrationen weder selbst betreiben noch dulden.

Sollte es bestritten werden, daß derartige Dinge vorgekommen sind — ich brauche auf Einzelfälle jetzt nicht einzugehen — werden wir die nötigen Unterlagen besorgen. Wir möchten, wenn Uebergriffe gemeldet werden, sehen, daß der Herr Reichswehrminister dann mit der notwendigen Schärfe einschreitet und daß die Art des Einschreitens auch bei den Offizieren den Respekt heraufzurufen, der unbedingt notwendig ist. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe dem Herrn Reichswehrminister in der Kommission zugestimmt, als er sagte, man könne nicht immer gleich mit der brutalen Faust durchgreifen. Ich verstehe es auch, wenn er sagt, man könne unter den einmal obwaltenden Verhältnissen vielleicht mehr mit einiger Nachsicht erreichen. Aber ein militärischer Chef, der Chef einer so großen militärischen Behörde, der nicht mit der notwendigen Energie in Fällen, die klar liegen, durchgreift, hat sehr bald bei den Soldaten den Respekt verloren. . . (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Die Psychologie des Soldaten ist doch so, daß bei ihm ein Chef, der gegebenenfalls nicht mit energischer Hand durchgreift, sehr bald der Gegenstand des Hohnes wird. Das bitte ich den Herrn Reichswehrminister besonders zu beachten, denn nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen ist der Herr Reichswehrminister — ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken — so ziemlich an die Gefahrengrenze herangeraten, wo ihm das passieren kann.

Der Herr Reichswehrminister darf auch nicht verkennen, daß die Offiziere, die monarchisch gefinnt und temperamentvoll veranlagt sind, die vielleicht konterrevolutionären Experimenten und Streichen sehr hart zuneigen, in allzu großer Nachsicht eine Schwäche der Republik finden, und diese Schwäche wird sie um so mehr anregen, gegebenenfalls Aktionen zu folgen à la Kapp-Putsch usw.

Nun wird der Herr Reichswehrminister sagen, er habe eingegriffen. Genügt er mag mal einen kleinen Leutnant habengelegt haben, vielleicht ist auch einmal ein Hauptmann über die Klinge gefahren. (Zuruf rechts). — Ja nun, Generale hat er nicht strafweise verabschiedet, die sind automatisch auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages verabschiedet worden. — Aber daß Herr v. Dassel noch da ist, daß Herr v. Hülsen noch heute Wehrkreiskommandeur ist, das sind eben Dinge, die zu ernstlichen Bedenken Anlaß geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat der Herr Reichswehrminister am 28. Oktober gesagt: „Ich pflege meine Leute nicht auf dem öffentlichen Markte hinzurichten“. Wir haben aber — wenigstens ich — nicht das sichere Vertrauen, daß er wenigstens heimlich militärisch „hinrichtet“. Es wäre unmöglich, daß immer noch eine Reihe von Vorgängen zur öffentlichen Kritik und auch zur parlamentarischen Kritik Anlaß geben, wenn der Herr Reichswehrminister anders zugreift.

Ich will dem Herrn Reichswehrminister eine Gelegenheit geben, zuzugreifen. Das „Deutsche Offiziersblatt“, das Organ des deutschen Offiziersbundes, bringt zum heutigen Tage, wo der Flüchtling in Holland seinen Geburtstag feiert, folgende Ausführungen — ich zitiere nur zwei Sätze —:

Am 27. Januar gedenkt der Deutsche Offiziersbund in tiefer Ergebenheit Seiner Majestät des Kaisers, des obersten Kriegsherrn in glorreicher Zeit. Wenn die deutsche Armee die beste war, die die Weltgeschichte je gesehen hat, so ist das in erster Linie sein

nämlich Wilhelm II. — Werk. Mit seinem Namen — ich betone wieder, damit kein Irrtum unterläuft: Wilhelm II. —

sind daher die Ruhmestaten unseres Heeres und der Marine für immer verknüpft. Es wird aber auch die Zeit kommen, wo selbst der Verlebteste erkennen wird, was das Haus Hohenzollern für Deutschland bedeutet. Mit diesem Gedanken bringen wir

der Deutsche Offiziersbund — am 27. Januar Seiner Majestät dem Kaiser unsere tiefempfundenen Glück- und Segenswünsche dar. (Lachen und Zuruf links: Hurra!)

In dem Deutschen Offiziersbund sind ein großer Teil der Reichswehroffiziere, ebenso wie ein großer Teil der Mannschaften und Unteroffiziere im Reichswirtschaftsverband sind. Als das Organ der Soldatenorganisation des Reichswirtschaftsverbandes „Schild und Scholle“ einen Aufruf brachte, der sich gegen den Entwurf zur Wehrverfassung wandte, einen Aufruf, gegen den — mon mag ihn ansehen, wie man will — wirklich nichts einzuwenden ist, wenn man ihn nicht mit den Augen und der Gesinnung des alten preussischen Militärs sieht, da traten sofort einige Wehrkreismandatäre ein und verkündeten „Schild und Scholle“. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin überzeugt, daß „Deutsche Offiziersblatt“ wird — in den deutschen Offizierskreisen, auch in den Kreisen der aktiven Reichswehr-offiziere laufig weitergehen werden. Ich bin neugierig, ob hier der Herr Reichswehrminister einmal zugreift.

Ich will dem Herrn Reichswehrminister noch anderes Material geben. In Bayern, wo ja ohnehin allerlei interessante Dinge passieren, geht man jetzt dazu über, jeden Soldaten, der beim Kapp-Putsch zur Regierung gelangt hat — zur Bekämpfung, Herr Reichswehrminister! — gleichsam heftig zu behandeln. Ich habe hier Reichswehrpässe; darin steht unter anderem: Führung sehr gut bis auf das Betragen in den Kapp-tagen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem anderen: Führung sehr gut bis auf das Verhalten in den Kapp-tagen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Also: Führung sehr gut! (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Unerhört!) Dem Reichswehrangehörigen, der, wie es der Herr Reichswehrminister verlangt, die Verfassung schüßt, der gegen diese meisteidigen Verbrecher à la Kapp und Kapp Stellung nimmt, wird solches in seinen Reichswehrpaß hineingeschrieben, er soll infamiert werden, weil er treu geblieben ist. (Lebhafte Rufe links: Unerhört!)

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landes-theater

„Max und Moritz“

Nach Wilhelm Busch von Leopold Günther. Es dient zweifellos der Veredelung des Faschings, wenn man ihn von der Straße vertreibt und ins Innere der Häuser verlegt. In diesem Sinn war die Ainderordnung ein günstiger Aufstoß, denn wenn wir Alten rebus sic stantibus nicht in eine karnevalistische Stimmung kommen können, die Kinder sollen die Reibschwere ihres Schicksals als Ententeflächen möglichst spät erfahren. Eine Theatervorstellung kann ihnen zwar die mangelnde Reife nicht ersetzen, aber sie macht ihnen ein helles Vergnügen, und darum sollen sie es haben.

Der Bearbeiter des lustigen Werkes von Busch ist geschickt zu Werk gegangen. Er hat es verstanden, das Dramatische in der Handlung lebendig zu machen und seinem Vorbild ohne größere Veränderungen getreu zu bleiben. Nur am Schluß hat er sich eine Abweichung erlaubt, indem er das Strafgericht, das Busch über die Buben verhängt, suspendiert und einen moralisierenden Schluß anbringt, der die Jungen eher befriedigt. Geschickt lehnt sich Günther in den selbstgezeichneten Partien an Buschs Diktion an und erhält dem Ganzen dadurch die Einheit. Fr. Vadelze und Hansi Koffe verkörpern mit burlesker Dreistigkeit das berühmte Schelmenpaar; der Schneider Böd wurde von G. e. m. e. d. e. trefflich wiedergegeben. Alle Figuren streben in Maske, Kostüm und Geberden Sprache engste Anlehnung an die originelle Manier der eigenhändigen Skizzen an, besonders Fr. Genter als Frau Böd, Frau Biz als Witwe Volte und Herr Müller als Lehrer Kämpel. Ein gemüthlicher Anlehn war P. a. s. c. h. e. n. ein charakteristischer Bauer. Die übrigen Personen schlossen sich harmonisch zu einem wohlgeklungenen Ganzen zusammen, dem von den ungenügenden Händen ein frenetischer Beifall gesollt wurde. Ein Ereignis sicherlich für manches junge Herz. M.

Meine Herren, aber nicht nur das; in Bayern macht man noch anders. Vor mir liegt ein Geheimbefehl: Reichswehrpappenkommando IV.

Zu befehlen durch Offiziere. Betrifft Monatsberichte. — Ich zitiere nur ein paar Sätze. — In den nächsten Berichten über Beschaffenheit der Truppe, die allmonatlich mit dem politischen Vorgebirge — und nun kommen Anzeichen —

anzureichen sind, eruchen wir, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie ist das Verhältnis zwischen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften?
2. Sind Unteroffiziere in der Truppe vorhanden, die Beziehungen zu politischen und ähnlichen Vereinen und so weiter unterhalten?
3. Was geschieht, um derartige Verbindungen zu bekämpfen?
4. Wie ist die allgemeine politische Stimmung der Truppe, soweit sie in der Beurteilung von Tagesfragen und in sonstigen Kundgebungen zum Ausdruck kommt? Wie wird die Reichsregierung, wie wird die bayerische Regierung von den Unteroffizieren und Mannschaften beurteilt?

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.) Und so weiter. Unterzeichnet: Wöhl. — Der Name ist ja nicht ganz unbekannt.

Meine Herren, ich beschränke mich auf diese beiden Beweise. Ich nehme nämlich an, die Debatte wird uns Gelegenheit geben, noch weiteres Material zu bringen.

(Schluß folgt.)

Badische Politik

Zur Belehrung badischer Vorhitzende

Die „Süddeutsche Zeitung“ sang neulich ein Loblied der ungarischen Regierung im allgemeinen und des ungarischen Finanzministers in besonderen. Es mag deshalb angebracht sein, an Hand eines objektiven Berichtes des langjährigen Budapest- u. Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ folgendes objektive Bild der ungarischen Verhältnisse weiterzugeben:

Die Krone hat aufgehört als Grundlage unserer Währung zu gelten. Für eine Krone ist nichts zu erlangen, nur unwillig läßt uns der Hausmeister für eine Krone zum Tor herein. Das vom Staat ausgegebene Papiergeld zu 20 und 50 Heller wird von den Weibern, Kellnern und Hausmännern, für die diese Rollen eine unerwünschte Einschränkung ihrer Bezüge bedeuten, bespart oder vernichtet, so daß diese Wertgegenstände wieder verschwinden und das Geld wieder erst bei einer Krone beginnt, die aber, wie bereits erwähnt, keinen Wert besitzt. Die allgemeinen Lebensbedürfnisse haben sich in den letzten Wochen durchschnittlich zum mindesten mit neuerlich fünfzig Prozent verteuert. Lebensmittel sind für gewisse Bevölkerungskreise überhaupt kaum mehr zu beschaffen, Kleider und Schuhe zu beschaffen, daran können nur mehr Millionäre denken, die Mittelklasse läßt, soweit dies möglich ist, ihre bereits einmal gewendeten Anzüge jetzt wieder zurückgeben.

Neben diesen betrübenden Erscheinungen zeigt das Leben hier auch bessere Seiten, wenigstens für eine gewisse Kategorie von Leuten. Auf Wochen hinaus sind die Karten für angelegentliche Theaterveranstaltungen und Konzerte verkauft und täglich sind in den bisherigen zwölf Theatern, mehr als hundert Kinos, Konzerte und Konzerten weit über hunderttausend Personen versammelt, jene gewiß gleichfalls hunderttausend Menschen sind eingekerkert, die sich in den ungenügenden Kaffee- und Gasthäusern, Bars und Erpsen aufhalten; an alle diese Leute ist der Hammer und das Pendel des Daseins, bisher wenigstens, noch nicht herangekommen.

Zum Schluß gibt der h. Korrespondent noch jenen Ungarnen einen Denksatz, die auf Grund mehrjähriger Reisebelanntschaft gleich dem ehemaligen badischen Minister Dietrich Ungarn als Elbortado schildern. Der ungarische Vertriebter schreibt nämlich:

Auch die überaus vielen Entente-Fremden, die sich hier aufhalten, wissen nichts von Entbehrung und Kampf. Irigend ein Schweizer oder gar Amerikaner verläßt da in der Frühe sein Hotelzimmer, hat zehn Franken oder einen Dollar, also 100 oder 500 Kronen in der Tasche, lebt tagsüber als großer Herr, kann sich verkömmern, was sein Herz begehrt, gibt mit vollen Händen Trinkgelder, wird als Wohlthäter verehrt und melbet nach Hause, Budapest sei die billigste Stadt, in der sich ein Fremder etwas erproben könne.

Ob Herr Dietrich und die ihm nachstehende „Badische Landeszeitung“ jetzt voll belehrt sind?

Student, Politik und öffentliches Leben

Im Anschluß an die Fadelzugdebatte im Badischen Landtag befaßt sich Fr. Kunzing in der demokratischen „Konstanzer Zeitung“ mit dem Verhältnis der Studenten zum öffentlichen Leben, wobei er sich u. a. wie folgt äußert:

„Fast täglich müssen wir drastische Schilderungen vom Elend der Studenten und der akademisch gebildeten Berufe lesen. Wir müssen also annehmen, daß der Student gegenwärtig bitterer Not leidet und so für die Zukunft wenig erhebbare Aussichten hat. Nach dem einfachen Menschenverstande müßte er daraus den Schluß ziehen, seinen Lebensaufwand auf spartanische, oder, wenn das besser klingt: auf altpreussische Einfachheit zu reduzieren und seine Arbeit auf das ähnerste Maß zu steigern. Wenn der „alte Herr“ noch immer einen noblen Monatswechsel schicken kann, von dem sollte ein Teil zur Verbesserung der Lage bedürftiger Mitstudenten verwendet werden. Man gewahrt aber ein ganz anderes Bild, wenn man das heutige Studentenleben heiläufig betrachtet. Allerlei wunderlicher „Komment“, der heute große Geldmittel verschlingen muß, ist noch in voller Blüte. Frühshoppenlokal, Freidubben, Kaffeehäuser u. a. blühen unter studentischem Zuspruch und das öffentliche Auftreten des Studenten ist nicht so, daß einem die Not und die ernste Lebensaufsagung sinnfällig werden könnte. Ob es sich bei diesen Beobachtungen, die wir kurz in Freiburg anzustellen Gelegenheit hatten, um zahlreiche lärmende Ausnahmen handelt, entzieht sich unserer Kenntnis. Es sei übrigens als Eigentümlichkeit festzustellen, daß man fast ausnahmslos norddeutsche Dialekte in diesen Kreisen hört.

Jugend neigt zum Uebermaß, der zur Selbsterhebung führt, wenn die besonnene Kritik fehlt. Diese wird aber nicht gefördert, wenn die öffentliche Meinung Rathsos und romantisches Heremoneil der Jugend beweihräuchert und darin eine Hoffnung für Deutschlands Wiederaufleben erblickt. Besonders grotesk nimmt sich das bei den Professoren aus, die etwas von Goethe lernen könnten, dem wohl das Verständnis für Gefühle und Fröhdlichkeit der Jugend nicht abging, der sich aber ihre Bewußtlosigkeit im Theater in Weimar öffentlich verbat.

Die Not des Lebens und des Vaterlandes fordern schärfste Pflichttreue, Ernst und brüderlichen Geist und je früher die Jugend mit diesen Lebensbedenken vertraut wird, desto besser für sie und uns. Alles andere ist trügerische Romantik und geeignet, Individuum und Volk einer abenteuerlichen Zukunft entgegenzuführen.“

Auf dem Wege zum süddeutschen Wirtschaftsbezirk

Eine bedeutame Konferenz

gr. Karlsruhe, 7. Februar 1921.

Im Sitzungssaale des Ministeriums des Innern fand heute nachmittag unter dem Vorsitz des Ministers Kemmle eine bedeutungsvolle Tagung über die Frage der Bildung und Abgrenzung der Bezirkswirtschaftsräte statt, an der zahlreiche Vertreter der Organisationen von Industrie, Handel und Landwirtschaft, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Verbraucher sowie badische Reichstagsabgeordnete und badische Vertreter im vorläufigen Reichswirtschaftsrat teilnahmen.

Einleitend bemerkte Minister Kemmle, daß sich die Frage heute noch nicht abschließend behandeln läßt. Bei Betrachtung des Standes der Dinge muß man beide vorliegende Pläne betrachten: Plan a) der 1. die Unternehmerverbände und 2. die Arbeitnehmerverbände in der Größe einer preussischen Regierungsprovinz zusammenfaßt, um heraus eine Arbeitskammer zu bilden, und Plan b), der die Unterstufe aus sachlichen Vertretungen von Handel und Industrie und Landwirtschaft bildet und der die Zusammenfassung nach dem Bedürfnis genommen wissen will. Es kommt darauf an, sollen die Wirtschaftsrate lediglich gutachtende Funktionen haben, oder sollen sie eine eigene Verwaltungstätigkeit entfalten? Die Bestimmung des Aufgabenspektrums muß das Primäre sein gegenüber der Einheitslichkeit der Kreise. In Betracht kämen z. B. die Lieberwahrung und Konfessionierung von Vätern, die der Staat nicht bauen will, Fragen der sozialen Fürsorge, Elektrizitätsversorgung usw. kommen, womit den Wirtschaftsrate eine besondere Funktion neben der politischen Befehde gegeben werden soll. Was Baden betrifft, so werden ohnedem heute bereits zu Wirtschaftsbezirken Interessentenverbände gebildet, die gesetzlich verankert sind. Wer deshalb diese Funktionen an die Wirtschaftsrate überweisen wissen will, kommt in Widerspruch mit gesetzlich bereits vorhandenen Verhältnissen, die bei einem Reichsgeze erst beseitigt werden müßten. Noch schwieriger wird die Sache bei Fragen, die über den Kreis eines Landes hinausgehen. Ich komme daher zu dem vorläufigen Schluß, solange Reichsrat und Reichstag keine klare Abgrenzung der Aufgaben vornehmen, es nicht glücklicher ist, schon zu sagen, ob man einen Bezirkswirtschaftsrat für Baden, Württemberg und die Pfalz bilden soll, in der Baden für sich einen Bezirk bilden soll. Nach der Aufassung von S. i. n. n. e. s. ist selbst Bayern zu klein für einen abgeschlossenen Bezirkswirtschaftsrat. Je größer ein Bezirkswirtschaftsrat ist, um so stärker will man auch seine Zuständigkeiten. Man will damit letzten Endes die Wirtschaftsrate gewissermaßen als zweite Kammer neben dem Reichstag und den Einzelparlamenten. Wer für große Wirtschaftsbezirke eintritt, hat letzten Endes die politische Vereinigung dieser Länder im Ziele. Für Baden möchte ich hierzu erklären, daß die maßgebenden Führer der im Landtag vertretenen Parteien und die Regierung den Standpunkt eingenommen, daß die Frage erst erörtert werden kann, wenn sie Gegenstand der politischen Verhandlungen aller Parteien wird. Sie darf keine Parteifrage werden, um keine Verschärfung der Lage zu bringen. Wer jetzt deshalb der Aufassung, daß es für eine Regierung nicht zweckmäßig ist, ihrerseits die Forderung aufzustellen, solange man nicht den Ausgang voraussehen kann. Die Frage

Baden — Württemberg

müß erst im Volle reif werden, bevor sie in politische Behandlung genommen wird. Die Konferenz soll deshalb feststellen, wie die großen Organisationen zu dieser Frage stehen. Wir machen hier den ersten Schritt auf diesem Wege, indem wir durch schriftliche Anträge und durch eine persönliche Aussprache die Meinungen hören wollen. Nicht mit Unrecht haben Vertreter Niedersadens auf die Gefahr der rheinischen Wirtschaftsbezirke hingewiesen, die Unterbaden der wirtschaftlichen Interessenbezirke Frankfurt angehörten will. Hierzu möchte ich namens der Regierung als bindend erklären: Die badische Regierung wird nicht dulden und wird

schärfsten Widerstand

leisten, wenn versucht werden sollte, die Pläne hinsichtlich Frankfurt zu verwirklichen (Wraoul). Wenn die Zentralstelle eines Bezirkswirtschaftsrats in Frankfurt sitzen würde, so kann der weitabgelegene Teil der Grenze unseres Landes, das durch den Kriegsausgang Glacis wurde, nicht mehr so berücksichtigt werden, als bei einer näher gelegenen Zentralstelle. Ein Bezirkswirtschaftsrat unter dem Einfluß Frankfurts ist für die badische Regierung und ist u. a. b. e. l. (Sehr richtig!) Am übrigen müssen wir uns von einer Festlegung fernhalten, solange nicht der Tätigkeitsbereich der Wirtschaftsrate bestimmt ist.

Die Ausdrache

Kommerzienrat Renel-Mannheim, Präsident des badischen Landestages, meint, daß das Reich in 10-12 Bezirke einzuteilen ist, wozu Stellung zu nehmen höchste Zeit ist. Die Bildung eines Wirtschaftsbezirks Baden, Württemberg und der Pfalz ist zu befürworten. Baden sollte zu erkennen geben, daß wir auf den Zusammenschluß mit der Pfalz nicht weniger Wert legen als dies die Nordgrenze der Pfalz ist. Der wirtschaftliche Zusammenschluß muß notwendig auch eine politische Auswirkung zur Folge haben, wenn auch die Konsequenzen noch nicht feststellen lassen. Eine politische Neugliederung des Reiches scheint mir angehtlich der anderen großen Aufgaben unserer Zeit heute jedoch bedenklich. Eine Verbindung mit Württemberg allein würde man in Mannheim für bezwecklich halten. Wir wünschen deshalb eine geschlossene Schwedische Deutschlands mit Hohenzollern, Württemberg, Baden, Pfalz und Teile Oberessens.

Minister Kemmle teilt mit, daß versucht würde, durch eine Umfrage bei den verschiedenen Regierungen Klarheit über deren Stellungnahme zu bekommen, daß es jedoch mangels präziser Antwort nicht gelungen ist. Bayern will auf die Pfalz nicht verzichten.

Arbeitersekretär Rigerl-Mannheim weist darauf hin, daß für die Arbeiterorganisationen die Fortsetzung der Betriebsratsorganisationen in den Wirtschaftsrate vorhanden sein muß. Anders gerichtete, nichtparteiliche Pläne von Arbeiterorganisationen sind abzulehnen. Beide Pläne über den Aufbau der Wirtschaftsrate bergen große Schwierigkeiten in sich. Die Angelegten und Arbeiterorganisationen werden sich mit der Frage befassen, und ihre Auffassung schriftlich mitteilen. Im übrigen ist es hohe Zeit, um Baden und Württemberg mit der Pfalz und Starkenburg zu einer einheitlichen Süddeutschen zusammenzuschließen.

Kommerzienrat Stöck erklärt, daß die Industrie den Standpunkt der badischen Regierung teilt und eine gewisse Zurückhaltung geübt wissen will. Eine Zusammenlegung mit Württemberg ist abzulehnen. Schwereiegend ist die notwendige Rücksichtnahme auf Frankfurt.

Erzbischof Dr. Blaeser-Mannheim weist auf die Gefahren der Frankfurter Pläne hin, weshalb die Frage als dringend zu bezeichnen ist. — Geschäftsführer Raß von der christlich-nationalen Arbeitererschaft tritt für große Wirtschaftsbezirke ein. — Reichs-Karlsruhe wendet sich als Kritiker des vorläufigen

Mannheim, 1. Febr. Der städt. Voranschlag für das Jahr 1920 ist erschienen. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf rund 158 Mill. Mark, die Gesamteinnahmen auf 118 Mill. Mark, sodaß noch nahezu 40 Mill. Mark zu decken sind. Im Jahre vorher betrugen die Ausgaben nur 61,7 Mill. Sie sind also um über 97 Mill. gestiegen. Von den städt. gewerblichen Unternehmungen bringen Leberhöfische das Wasserwerk eine halbe Million, das Gaswerk 2,6 Mill. und das Elektrizitätswerk 1,8 Mill. Die Straßenbahn erfordert einen Zuschuß von 8,8 Millionen, der Industriehofen von 406 000 M., das Nationaltheater von nahezu 3 Millionen, die Kunstballe von über einer halben Million. An der Spitze der Ausgaben stehen die Schulen mit über 31 Millionen, darunter die Volksschulen mit über 27 1/2 Mill. Die Wohlfahrtspflege erfordert einen Zuschuß von 17,8 Millionen.

St. Georgen (Schwarzwald), 3. Febr. Die Kosten des neuen Waldriedhofes belaufen sich auf 300 000 M., die größtenteils von der Stadt St. Georgen getragen werden. Eine Anzahl Kirchspielgemeinden beteiligten sich mit Beiträgen.

Mannheim, 6. Febr. Der Aufwands für Straßenreinigung ist in fortgeschrittenem Stadien begriffen und wird für das Jahr 1921 mindestens 2 700 000 M. Kosten verursachen. Der Stadtrat hat beschlossen, daß von dieser Summe 1 800 000 M. durch die Anlieger aufgebracht werden sollen in Form einer Gebühr von 8 Prozent des Mietwertes, während 900 000 M. von der Stadtkasse zur Last fallen. Um ein weiteres Steigen des Aufwandes für die Straßenreinigung zu verhindern, wird diese in den Straßen mit geringem Verkehr wünschenswert nur noch einmal vorgenommen.

Lahr, 5. Febr. Der Bürgerausschuß genehmigte gestern einstimmig den Kaufvertragsvertrag, demzufolge das Reich die militärischen Anlagen der Stadt Lahr an diese abtritt. Die Mietverträge treten am 21. März ds. J. außer Kraft. Ueber die Auflösung der Mietverträge betr. altes und neues Probitaniamt und Herberverlegung eines Luftschiffhafens wird eine besondere Vereinbarung noch erfolgen. Ein Teil der Gebäude ist bereits an Industrielle verkauft, ein anderer Teil ist für Wohnungen umgebaut oder gemeinnützigen Bauvereinigungen zur Vermietung übergeben worden.

Säckingen, 7. Febr. Mit 36 gegen 2 Stimmen hat man die Eingemeindung in Rheinfelden beschlossen.

Freiburg, 4. Febr. Die Luxussteuer erbrachte der Stadtkasse im Jahre 1920 einen Gesamtbetrag von insgesamt 942 256 M. An dieser Summe sind beteiligt die Autos mit 327 188 M. und das Stadttheater mit 304 609 M. Der Rest der Luxussteuer wurde von den Varietés usw. eingebracht. Die Sportvereine haben rund 30 000 M. Luxussteuer der Stadtkasse zugeführt.

Schramberg, 5. Febr. Der Gemeinderat beschäftigte sich mit der Anlegung eines großen Wasserkraftwerkes auf Grund eines Projektes des Regierungsbaumeisters Bauer-Stuttgart. Die Gemäßer des Luterbach- und Sulzbachtales sollen bei Luterbach gesammelt und mit Hilfe eines Verdichters, der 1700 Meter lang wäre, nach dem Schiltachthal geleitet werden. Die Kosten sollen 26 Millionen betragen.

Radolfzell, 4. Febr. Der Bürgerausschuß besaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der Gewährung von Beihilfen der Stadt zu privaten Wohnungsbauten. Es wurde beschlossen, die private Bautätigkeit durch billige Materiallieferungen durch die Stadt wieder in Gang zu bringen. Kies- und Sandmaterial soll aus den städt. Gruben kostenfrei geliefert werden; Bauholz soll zu bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben werden. Die Kostenermäßigung wird nach den aufgestellten Richtlinien etwa 180 M. auf den Quadratmeter Wohnfläche betragen. Die gewährte Preisermäßigung soll vorläufig einem Betrag von rund 300 000 M. entsprechen, womit die Unterstützung von 26 bis 30 Wohnungen in Betracht käme.

Wosbach, 2. Febr. Mit der Elektrizitätsversorgung des Kreises Wosbach besaßte sich letzter Tage der Kreisaußschuß in einer Sitzung, in der mitgeteilt wurde, daß der Kreis beabsichtigt gemeinsam mit der Bad. Elektrizitätsgesellschaft in Mannheim an der Trier eine Kraftanlage zu erstellen. Die Erstellung des Werkes soll 12 bis 13 Mill. Mark kosten. Jährlich sollen 3,5 Millionen Kilowattstunden als Mindestmaß gewonnen werden können. Die Aufbringung der Kosten ist so gebacht, daß der Kreis mit der Mannheimer Elektrizitätsgesellschaft eine Aktien-gesellschaft bildet.

Aus dem Lande

Kuppenheim, 7. Febr. Der Malermeister Bohm wurde heute früh tot aus dem Gewerbestall bei der Mühle gezogen. Es liegt offenbar Selbstmord vor. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Heidelberg, 7. Febr. Ein blutiges Ende nahm ein Rasenball im Dorfe Leimen. Dort kam Sonntag nacht ein in Wiesloch arbeitender Zimmermann noch in der vierten Morgenstunde in den Tanzsaal einer Wirtschaft. Er begann zu tanzen und wurde hinausgewiesen. Sodaher legte er wieder um und schoß aus einem Revolver in den Saal hinein. Ein verheirateter Mann von 45 Jahren, der an dem Streit keinerlei Anteil gehabt hatte, wurde getötet und der Gastwirt lebensgefährlich verletzt. Dann schoß der Täter auch auf sich selbst, verletzte sich aber nicht schwer. Er wurde verhaftet.

Heidelberg, 7. Febr. Der Wasserstand des Neckars ist seit den letzten Tagen in starkem Fallen begriffen.

Wiesloch, 7. Febr. Am Bahnübergang an der Mannheimer Straße fuhr Freitag abend ein aus Waldangelloch kommender Zug der Nebenbahn Wiesloch-Waldangelloch in das Fuhrwerk der Firma Kleinmiedt aus Schwabingen. Der Wagen, der mit Bierfässern beladen war, wurde vollständig zertrümmert. Der Aufsahrer des Wagens, Franz Lidler aus Okerheim, wurde schwer verletzt. Der Unfall soll durch Fahrlässigkeit des Aufsahrers herbeigeführt worden sein.

Mannheim, 7. Febr. Eine aufregende und von schweren Folgen begleitete Zigeunerflucht hat sich am Samstag nachmittag ereignet. Als die Zigeuner verhaftet werden sollten, schlugen sie auf die Pferde ein und ritten mit ihrem Wagen davon. Unterwegs wurde der 35jährige Fabrikarbeiter Ludwig Veretele mit seinem 10jährigen Sohn von den flüchtenden Zigeunern überfahren. Der Knabe erlitt eine schwere Wirbelsäulenverletzung, auch sein Vater wurde, allerdings weniger gefährlich, verletzt.

Lahr, 7. Febr. Zu dem Funde von Teilen eines Frauenkopfes im D-Bez. 2 Berlin-Waldfeld berichtet die „Lahrer Ztg.“, daß allem Anschein nach kein Verbrechen vorliegt, sondern ein Unglücksfall. Auf dem Vorgelände des Bahnhofs Rangschloß bei Lahr wurden am 5. Februar zwei Frauen totgefunden, die mit dem Personenzug aus der Richtung Fulda gekommen waren. Der Fuldaer Personenzug hatte infolge geringer Verspätung des Frankfurter Schnellzuges keine Einfahrt und mußte vor dem Bahnhof halten. Die beiden Frauen, die glaubten, der Zug befände sich schon im Bahnhof, öffneten die Tür, fielen aus und wurden im gleichen Augenblick von dem heranbrausenden Schnellzug zermalmt.

Freiburg, 7. Febr. In Weihenhausen brach infolge von Kurzschluß im Oelonomiegebäude des Mechners Paul Brugger Feuer aus. Die Röhre, die schon dem Einstürzen nahe waren, konnten gerettet werden. Dagegen mußte man ein Raub notschlagen.

Freiburg, 5. Febr. Von Herrn Albert Niff in Saint Louis sind 3000 M. und aus einer Sammlung der deutschen Kolonie in Costarica 2000 M. für die Freiburger Kinderhilfe eingegangen.

Kroszingen, 7. Febr. In der Angelegenheit des Raubmordveruges in dem Basel-Amsterdamer Schnellzug weilt, wie das „Stautener Tagblatt“ berichtet, der Oberstaatsanwalt von Freiburg mit einigen anderen Herren und mit dem Eisenbahnräuber Rutschler hier, um mit den Erhebungen zu beginnen. Bekanntlich weilt Rutschler kurz vor der Tat in Kroszingen.

Willingen, 6. Febr. Der Aufruf des Kreisaußschusses an die Landwirte des Kreises zur Ablieferung von Kartoffeln hat das Ergebnis gehabt, daß rund 1090 Zentner Kartoffeln abgegeben wurden, einige Gemeinden beteiligten sich mit ungefähr 70 Zentner.

Taubertshausen, 6. Febr. Die Gemeinde Baimar litt zeitweise unter Wassermangel. Um festzustellen, ob in der Nähe des Ortes Wasser vorhanden sei, ließ die Gemeinde den Wünschelrutengänger Otto Eder von Graebe aus Gerentode a. S. kommen. Herr von Graebe fand an Stellen, wo jeder Geologe es für ausgeschlossen hält, drei bedeutende unterirdische Untergrundströme. Zwischen dem zweiten und dritten Ströme gab die Rute zwei Ausschläge auf Eisen. Die Untergrundströme sollen je 5 Sekundenliter Wasser liefern. Durch Bohrungen soll ein Untergrundstrom erschlossen werden.

Von der Schweizer Grenze, 6. Febr. Der deutsche Buchhandel hat die Preise für deutsche Bücher im Auslande wesentlich herabgesetzt. Für die Schweiz wird der Betrag von 100 M. zu 80 Frs. umgerechnet.

Aus der Stadt

Karlstraße 8. Februar.

Geschichtskalender

8. Januar: 1786 *Der Saint Simonist Barthelemy Profser Emantia in Paris. — 1271 *Der Kaiser Riccio von Schwid in München. — 1920 *Der Dichter Richard Dehmel in Blankense.

Karlruher Parteinachrichten

Bezirksversammlungen des sozialdemokratischen Vereins mit Beiträgen finden morgen Mittwoch, wendts 1/2 8 Uhr, in folgenden Bezirken statt:

Altstadt: „Schumpel“, Durlacherstraße.
Oststadt: „Georg Friedrich“, Georg Friedrichstraße
Südstadt: „Auerbach“, Schützenstraße.
Mittel- und Südweststadt: „Krone“, Amalienstraße,
Weststadt: „Württembergischer Hof“, Ecke Goethe- und Uhländstraße.
Mühlburg und Grünwinkel: „Rheinthal“, Rheinstr.,
Küppur: „Fähringer Löwen“.

Thema in allen Versammlungen: „Der rote Monat“. Es werden sprechen die Genossen Veeg, Böhringer, Genossin Fischer, Genosse Flöher, W. Koch, Dr. Kullmann und Schäpflin.

Die Parteigenossen und Genossinnen werden um zahlreichen Besuch der Versammlungen ersucht, denn die heutige politische außerordentlich bewegte Zeit erfordert das lebhafteste Interesse an den Parteiveranstaltungen.

Aus der letzten Stadtratsitzung

Vergütungen für die Benützung der städt. Festhalle. Der Stadtrat genehmigt die Anträge der Stadigartenskommission auf Erstattung der Vergütung für die Benützung des großen und kleinen Festhalls durch Dritte. Es ist dabei u. a. vorge-sehen, daß jedem hiesigen Verein ein- oder zwei Plätze auf Wunsch je einmal im Jahr der große oder der kleine Festhallsaal zur Abhaltung des Stiftungsfestes oder einer gleichartigen, bedeutungsvollen Feier zu besonders ermäßigtem Mietzins (etwa der Hälfte der künftigen normalen Mietzins) eingeräumt wird. Außerdem soll je eine Parteiversammlung jeder politischen Partei in jedem Wahlsuge diese Vergütung genießen.

Eintrittspreise für den Stadigarten. Mit Wirkung vom 1. März ds. J. an wird das Eintrittsgeld für den Besuch des Stadigartens an Sonn- und Feiertag Vormittagen von 40 M. auf 50 M. für die Person erhöht und auch in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. März, während welcher bisher nur ein Eintrittsgeld von 40 M. für die Person erhoben worden ist, das sonst übliche Eintrittsgeld (1 M. für Erwachsene, 50 M. für Kinder) erhoben. Von einer abmaligen Erhöhung der Preise der Jahreskarten oder der sonstigen Eintrittspreise sowie der Preise für einzelne Leistungen (Bootsfahrten, Bonn-Beiten usw.) wird abgesehen. Für die Benützung der Ruderboote (ausgenommen die Grünländer) wird wieder eine Dauerkarte eingeführt. Sie kostet für 12 Fahrten 3,50 M. Der Preis der Einzelkarte bleibt wie bisher auf 40 M. festgesetzt.

Festsetzung der Brennholzpreise. Der Stadtrat setzt mit Wirkung vom 3. Februar ds. J. an folgende Brennholzhöchstpreise fest: 1. für Hart- und Weichholz gemischt der Zentner: a) nur gesägt: ab Lager 14 M., frei Keller 16,40 M., b) gesägt und groß gespalten: ab Lager 15,20 M., frei Keller 17,60 M.; 2. für Weichholz fein gespalten (Anfeuerholz): ab Lager 16 M., frei Keller 18,40 M.; 3. herweicher Verkauf: a) Hartholz ab Lager 112 M., frei vord. Haus 122 M., b) Weichholz ab Lager 104 M., frei vord. Haus 114 M. Die Erhöhung beruht zum größten Teil auf einer Steigerung der Waldböschungspreise und der Aufwendungen für Fuhrlohn und Frachten.

Wiederkauf des Friedrichshofes. Der Stadtrat genehmigt den Wiederkauf des Friedrichshofes in seiner früheren Gestalt unter Veräußerung einiger kleinerer Verbesserungen, insbesondere einer Vergrößerung der Waschküche. Der Gesamtschaden wird vom städt. Hochbauamt auf mehr als 800 000 M. berechnet. Es darf angenommen werden, daß derselbe durch Versicherung vollständig gedeckt ist.

Die Mietzinskommission

des Stadtrats ist nach eingehender Beratung in der 6. Sitzung vom 28. v. M. dem Abschluß ihrer nächsten Aufgabe nahe gekommen. Wie bekannt, steht der Entwurf eines Reichsmietzinsgesetzes gegenüber der beschränkten Zuständigkeit der Mietzinskommission eine allgemeine Möglichkeit der Neuregelung des Mietzinses bei bestehenbleibendem Mietverhältnis vor. Dem Bedürfnis der allmählichen Angleichung der Mietzinsen an die gesteigerten Kosten der Hausbesitzer soll durch den Entwurf eines neuen Mietvertragsformulars entgegenkommen werden, welches vom Stadtrat den Beteiligten zur Benützung empfohlen wird. Das Mietzinsamt wird die damit vorgeschlagene Berechnung seinen Entscheidungen zu Grunde legen. Das wird die Einführung der Neuregelung und des neuen Formulars erleichtern, welches zunächst den beteiligten Mietparteien zur Benützung zur Verfügung steht. Tatsächlich hat schon die erst im Werden begriffene Neuregelung wesentliche Herausforderungen von Mietzinsen gezeigt, von denen sich zeigen wird, ob sie durch die neue Maßnahme in dieser Höhe berechtigt sind. Der Mietzins soll sich hiernach aus der Grundmiete, den Vertriebskosten und den Instandsetzungsstellen zusammensetzen.

Die so errechnete Gesamtsumme eines Hauses soll nach Verhältnis der tatsächlichen Mieten eines bestimmten Jahres auf die einzelnen Wohnungen verteilt werden; dies grundsätzlich; Berücksichtigung besonderer Verhältnisse wird hier nicht an-

zu umgehen sein. Die letzte Sitzung galt wesentlich der Festsetzung eines neuen „Karlruher Mietvertrages“. Aus den zahlreichen Gegenständen der Erörterung sei hervorgehoben: Für die Grundmiete soll grundsätzlich der Steuerwert des Hauses maßgebend sein und zwar der von 1914. Die Vertriebskosten sollen alljährlich neu zusammengestellt werden; sie bestehen in den tatsächlichen Ausgaben des Vermieters für die Zeit vom 1. April des vorangegangenen bis zum 1. April des laufenden Jahres. Die Höhe des Zuschlages für die Instandsetzung richtet sich nach den jeweiligen Vorschlägen der Stadtverwaltung. Entgegen sich die Parteien über die hiernach festzusetzende Höhe des Mietzinses nicht, dann soll jeder Teil das Mietzinsamt anrufen können, welches kraft seiner gesetzlichen Zuständigkeit oder als Schiedsgericht entscheidet. Der vertragsmäßige Ausschluß der Aufrechnung gegen die Mietzinsforderung wurde auf solche Gegenforderungen beschränkt, die sich aus dem Mietverhältnis ergeben. Der Vermieter soll verpflichtet sein, die zur Dedung der Instandsetzungskosten für Wohnungen und Haus bezahlten Beiträge auch tatsächlich für solche zu verwenden. Unbefriedigt der Zuweisung von Mietern durch das Wohnungsamt soll der Mieter ohne Erlaubnis des Vermieters — gemäß der gesetzlichen Regelung in § 549 BGB. — zur Weitervermietung nicht berechtigt sein. Das Gleiche gilt, von vorübergehenden Besuchern abgesehen, von der Aufnahme anderer Personen als Angehöriger und Dienstboten in die Wohnung. Die Anregung, daß im Mietvertrag vorgesehen werde, daß auch der Mietzins des Vermieters ein entsprechender oder angemessener sein müsse, fand wegen der davon zu gewärtigenden Beschränkung der Wohnungsangebots keinen Beifall. Wenn die Neuregelung in Kraft treten und in welchem Zeitpunkt namentlich die Neuregelung des Mietzinses wirksam werden soll, wird noch Gegenstand der Verhandlung sein. Die Vorschläge bedeuten die mittlere Linie, welche die Vertreter der Hausbesitzer und der Mieter unter Mitwirkung der unparteiischen beamteten Mitglieder der Kommission einstimmig gutgeheißen haben. Sie sollen durch allmähliche Angleichung der Mieten an die gesteigerten Kosten unter Verminderung von Härten und Ueberforderungen die Wirkungen des Reichsmietzinsgesetzes vorbereiten und zur Förderung des Hauses neuer Wohnungen beitragen. Dr. F.

Eine gewaltige Detonation war gestern vormittag dem Hartwald her vernehmbar. Wie uns mitgeteilt wird, handelte es sich um die Sprengung von 6000 Granataten, die von der Reichsbreitehandelsgesellschaft in Erfüllung des Friedensvertrages vorgenommen wurde.

Ueber „Das Wesen der Gewerbeaufsicht“ sprach am vergangenen Freitag bei den sozialdem. Gewerkschaftern in dem Rhythsal der Goethestraße Gewerbetrat G. m. e. Der Vortragende erledigte seine Aufgabe voll alseitig anerkannter Selbstkritik und Sachlichkeit, indem er in großen Zügen einen orientierenden Überblick über die Geschichte der Sozialpolitik machend und auch ihn anknüpfend das Wesen der Gewerbeaufsicht als Erfüllung der Forderung auf Gesundheits-, Unfall- und Rechtsschutz erklärte. Zur Vertiefung des Vorgetragenen dienten Klappblätter, die insbesondere die Notwendigkeit des Gesundheits- und Unfallsschutzes bewiesen. An Hand der Bilder wurde den Zuhörern das stille, in sozialer Hinsicht so bedeutende Wesen des Gewerbeaufsichtsamtes klar. Sie schufen ein nachhaltiges Interesse für die scheinbar so trockne Materie der Gewerbeaufsicht. Die Lösungen der städtischen, wohnungsprobleme in großen Industrieerweiterungen, die Anlagen zur Entlastung, die Wassergelegenheiten u. a., die Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und allen diese Dinge in ihrer fortschreitenden Entwicklung anschaulich auf der Leinwand dargestellt zu sehen, unterrichtete das Referat außerordentlich. Die Ausführungen über das Kapitel Reichsschutz, die sich hauptsächlich mit der Arbeitszeit, Arbeitsordnung und ferner mit der Betriebsärztebesetzung, gaben Anlaß zu einer ausgiebigen Diskussion über die ungeteilte Arbeitzeit und den Maßstabtag, sowie über Wert und Inneres des Betriebsärztes und der schwierigen Aufgabe der Betriebsärzte, an der sich die Genossen Veeg, Fischer, Koch, Böhm und Nieß beteiligten. Nach einem kurzen aber bedeutsamen Schlusswort des Referenten schloß der Versammlungsvorleiter Gen. Prof. Hoffmann die sehr anregende Versammlung.

Vor der „Verein fährlicher Arbeiter“ (Kranken- und Sterbefälle) hielt kürzlich in seinem neuen Vereinslokal „Guthaus zum Fähringer Löwen“ seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach Eröffnungsworten durch den Vorsitzenden erstattete Kassier Heller den Rechenschaft, aus welchem zu ersehen war, daß die Vereins- und Unterhaltungskasse über schöne Mittel verfügt. Die beiden Revisoren bekundeten die gute Führung der Kasse. Der Schriftführer Nieß gab seinen Bericht nach dem 50 Kollegen Neuaufnahme fanden. Sodann wies er auf die neu gegründete unter Kontrolle dreier Aufsichtsratsmitglieder stehende „Pensions- und Hilfs-Sparkasse“ hin, auf deren Merkmal, die den Sparplan der Kollegen fördern soll, um bei einer eventuellen Pensionierung einen Spargroschen zu haben. Nachdem der 1. Vorsitzende seinen Geschäftsbericht erstattet hatte und dem Gesamtverband Entlastung erteilt wurde, fand die Neuwahl des Vorstandes statt, wobei Herr K. K. K. zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde. Der frühere 1. Vorstand Herr Dr. Siegel, legte sein Amt in Folge seiner politischen Betätigung nieder; die übrigen Vorstandsmglieder blieben an ihren Posten. Der Verein hat sich laut Sitzungen zum Prinzip gemacht, für seine Mitglieder auf sozialem Gebiete zu forciert in Krankheits-, Notfälle und Sterbefall Unterstützung zu gewähren und darüber jedwede Politik innerhalb des Vereins. Es wäre deshalb nur zu wünschen, daß der Verein mit seinen Neuzugängen unter dem neuen Vorstände weiter wirken möge zum Wohle der im Dienste der Stadtverwaltung stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen.

Handelskammer und Ententeforderungen. Die Handelskammer Karlsruhe nahm in ihrer Vollversammlung zu dem neuen Preinddruck Stellung. Sie gab einstimmig der Lebenszeugung Ausdruck, daß die Kosten, die man erneut der deutschen Wirtschaft aufbürden will, ihre Kraft um ein Vielfaches übersteifen, und daß es eine weitere empfindliche Schwächung ihrer Leistungsfähigkeit bedeutet, wenn die deutsche Industrie mit den geforderten Abgabe belegt wird, weil dadurch der Absatz deutscher Waren im Auslande in vielen Fällen unmöglich gemacht wird.

Mannheim. (Spiel und Spielunfug.) Das muntere harmlose Spiel der kleinen Kinder auf dem Kirchenplatz erfreute alle Erwachsenen. Seit einiger Zeit aber treiben sich an dem genannten Platz allabendlich einige junge Burken ihr Unwesen, das nicht mehr als Spiel, sondern als großer Unfug bezeichnet werden muß. Von der Auswüchsen dieses sogenannten Sportes können die Anwohner dieses Platzes ein Bild gewinnen, die sich durch die dort verübten Kräfte zu einem Hüllentzweigen steigern, der bis in die späte Nacht hinein fortdauert. Die vielen eingeworfenen Fensterscheiben an der Kirche selbst sind stumme, aber tauarige Zeugen dieses, mit den sonderbarsten Begleiterscheinungen betriebenen Sportes. Die Rücksicht auf ein in der nächsten Woche seit Jahren krank darniederliegendes Ehepaar dürfte es den Eltern zur freundschaftlichen Pflicht machen, ihre Kinder von dem schädlichen Treiben abzurufen. Schreibe dieses ist ein wahrer Freund von Spiel und Sport, aber gegen diese Art muß jeder, der die Rücksicht kennt, seine Stimme erheben. Eltern und Erzieher, sowie die dafür in Betracht kommenden Behörden werden um Abhilfe dieses Mißstandes gebeten.

Ab Donnerstag, den 10. Februar
veranstalten wir einen Verkauf von

Weisswaren und Aussteuer-Artikel

wobei wir in Bezug auf Qualitäten u. Preise
ausserordentliche Vorteile bieten werden. 2600

W. Boländer Kaiserstr. Nr. 121.

Mieter- u. Untermieter-Vereinigung Karlsruhe

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr,
im Saal III Brauerei Schreyer, Waldstrasse

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
Neue Mietverhältnisse - Vereinsmitteilungen.
Wir ersuchen unsere Mitglieder vollständig zu
erscheinen. Bitte Mitgliedsbuch vorbringen.
Der Gesamtvorstand.

Ab-Ges. Gleichheit



Sonntag, den 13. Fe-
bruar, vormittags
10 Uhr, findet im
„Kronenfeld“, Kronen-
strasse 44 2602

Mitglieder-Versammlung

statt. Wegen sehr wich-
tiger Tages-Ordnung,
bitten wir die Mitglieder,
vollständig zu erscheinen.
Der Vorstand.

Lohn- und Gehaltslisten für die Einkommensteuer.

Wer im Kalenderjahr 1920 Personen gegen
Gehalt, Lohn oder sonstiges Entgelt länger als
zwei Monate beschäftigt hat, ist verpflichtet,
diese Personen und ihre Bezüge nach Anlei-
tung des vom Reichsfinanzminister vorgeschrie-
benen Modells dem unterzeichneten Steuer-
kommissär mitzuteilen. Diese Verpflichtung
haben auch die Vorstände juristischer Personen
und von Vereinen aller Art sowie die Vorstände
aller Stellen, Behörden und Anstalten des
öffentlichen Dienstes, soweit sie nicht schon Ge-
haltsnachweisungen eingereicht haben.
Es wird besonders darauf aufmerksam ge-
macht, daß die Mitteilungen (Lohn- und Ge-
haltslisten) bezüglich aller gegen Gehalt, Lohn
oder sonstiges Entgelt (Anteile, Sachbezüge
u. dergl.) beschäftigten Personen, also insbe-
sondere auch bezüglich aller landwirtschaftlichen
und häuslichen Dienstboten, zu machen sind.
Die Listen sind spätestens bis zum
Samstag den 5. März 1921
einzureichen. Sie sind getrennt nach Wohn-
orten der Arbeitnehmer aufzustellen. 313
Wer die Liste nicht rechtzeitig einreicht, kann
durch Geldstrafen bis zu 500 Mk. dazu angehalten
werden. Im übrigen wird auf die der Liste
aufgedruckten Vorbemerkungen verwiesen. Die
Vordrucke zu den Lohn- und Gehaltslisten
werden bei dem unterzeichneten Steuerkom-
missär, in den Gemeinden außerhalb seines
Amtsbezirks bei den Steuereinkommern un-
entgeltlich abgegeben.
Karlsruhe, den 5. Februar 1921.
Steuerkommissär für den Landbezirk.

Legen Sie Wert auf ein gutes, reines Speiseöl?

So werden Sie Kunde bei der
Königsbacher Oelfabrik
Detailverkauf und Niederlage in Karlsruhe bei
Karl Gerspach, Luisenstr. 29.
Verkauf zu den billigsten Tagespreisen! 2696

Pranckuch & Co. Marmelade

offen
Mk. 4.50
2 Pfund-Glas
Mk. 9.-
1 Pfund Glas
Mk. 4.75
Helvetia-
Confituren
offen und in
Gläsern.
Pranckuch & Co.

Schreiben Sie
schlecht,
dann verbessert Sie doch
ihre Handschrift
durch den bekannten
Spezialisten **F. Buck,**
Karlsruhe, Lessing-
str. 78. (Honorar 35 Mk.)
Tages- u. Abendkurse
Deutsch, Latein, Rund-
schrift. - (Auswärts
brieflich!) 2104

Kommunionkleid

Freiburgerstr. 32, 4. Et. l.

Kragen

-Wäscherei Schorpp

liefert schnellstens
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Bernhardstr. 8
Kaiserstr. 34 u. 248
Gerwigstr. 46
Amalienstr. 15
Waldstr. 84
Wilhelmstr. 32
Augustastr. 13
Schillerstr. 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstr. 18. 2616
Durlach:
Hauptstr. 15.

Union-Theater.

Ab heute!

Original-Stierkämpfe in Spanien!

Das grösste Ereignis der Gegenwart!



Original-Stierkämpfe IN SPANIEN

Vor ca. 30.000 Zuschauern ausgeführt mit den berühmtesten
Stierkämpfern Spaniens. 2693
Eine Attraktion wie sie kaum wieder gezeigt wird!
Ausserdem (auf vielseitigen Wunsch verlängert):
Der grosse historische Kunstfilm: **Die Tänzerin Barbarina.**

Eichene Schlafzimmern,
prima Arbeit, in Karmar
und Schlegel, b. 3900 Mk. an
Röschlager Auf
8 Adlerstr. 8.

Schneiderin empfiehlt sich in
allen Facharbeiten
Morgenstr. 51, dt.

Preisabbau!

FLAMMER-SEIFE ist billiger geworden

und ist heute dank ihrer verblüffenden
Wasch-Kraft und ihres billigen Preises
die **beste u. billigste Seife**
für Wäsche und Haus!
Preis Mk. 4,- das Stück

Tatsache

ist es, dass alle
zerrissenen Strümpfe
tadellos erneuert
werden in der Strümpfererneuerungs-Anstalt
L. Engelhard, Gartenstr. 11, Kth. III.

Knielingen - Stammholzversteigerung.

Die Gemeinde Knielingen versteigert
aus dem Gemeindewald Grund und Langholz am
Montag, den 14. Februar 1921 nachverzeichnete
Stücker:
40 Eichen von 0,50-4,50 Fu
15 Buchen „ 0,50-1 „
120 Eichen „ 0,40-2 „
116 Buchen „ 0,50-2,50 „
17 Eichen „ 0,50-2,50 „
20 Eichen „ 0,40-2,50 „
5 Birnbäume „ 0,30-1 „
11 Kiefernen „ 0,40-1 „
3 Eichen „ 0,20-1 „
18 Eichen „ 0,50-2 „
40 Laub. Babbeln „ 0,50-1,20 „
Zusammentritt vormittags 1/9 Uhr am Rathaus.
Ausgabe fertigt Waldgüter Bechtold.
Knielingen, den 3. Februar 1921.
Der Gemeinderat. 3022

Wein-Abschlag!

in der
Südstadtweinstube Luisenstr. 14
Eingang durchs Tor
trinken Sie schon ein tadelloses 1/2 zu 3,50
bei Abnahme von 5 Liter das 1/2 zu 3,35. 2581

Neueste preiswerte Konerven!

Bohnen mit Hammelfleisch

prima Qualität
1/2 kg-Dose zu Mk. 2.30
1/1 kg-Dose zu Mk. 4.50
empfehlen solange Vorrat reicht

Gebrüder Hense

Ergänztlich in sämtlichen Verkaufsstellen.

Bruchkranke
können ohne Operation
und Berufsstörung ge-
heilt werden. Sprech-
stunde in Karlsruhe,
Hotel zur Sonne, am
12. Februar v. 9-1 Uhr.
Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruch-
leiden. 2696

Festlichkeiten

Papiermützen
für Damen und Herren
Wickeln, Knallbonbons,
Tanzkontrollen,
Luftschlangen
Artikel zum Kleiglehen.
A. Kraehl, Sietlin.

Hohe Preise!

für getr. Kleider, Uniformen,
Schuhe, Wäsche,
Vorhänge, Federbetten
etc. zahlr.
E. Agetrad, Telefon
17884.
Essenweinstraße 32.

Stadt. Freibank.

Fleischabgabe
Mittwoch 9-11 Uhr:
Nr. 3101-3300
Samstag 9-11 Uhr:
Nr. 3301-3600
2-3 Uhr:
Nr. 3601-3300.



BRUCHSALER UNZEIGEN.

Spare Zeit
dann spart Du Geld
Erdal gibt tief schwarzen Hochglanz
nach ein paar Bürstenstrichen,
spare durch
ERDAL
Gaspreis betr.
Der Stadtrat hat dem Antrag der Gas-,
Elektrizitäts- und Wasserwerkskommission ent-
sprechend beschloffen, den Gaspreis für Leucht-,
Heiz-, Motoren- und Automatingas mit Wir-
kung vom 1. Februar 1921 an auf 1.40 Mk. pro
Kubikmeter zu ermäßigen.
Bruchsal, den 8. Februar 1921.
Der Stadtrat.
Rehner. Strohsauer.

Kartenausgabe

am Mittwoch, den 9. Februar 1921, von 8 bis
12 Uhr vorm. und von 2-6 Uhr nachm. an die
Buchstaben II bis einschl. K.
Bruchsal, den 8. Februar 1921.
Kommunionsverband Bruchsal-Stadt.
Kartenausgabestelle.

Baden-Baden.

Arbeitsamt Baden-Baden

(Bezirksarbeitsnachweis).
Männliche Abteilung.
Offene Stellen: 2 led. Herrschaftsgärtner,
2 Landschaftsgärtner, 1 Kupferschmied, 1 Holz-
läufer, 1 Leinwand, 1 Steingießer, 1 Damen-
frisier, 2 Schneider nach auswärts, 1 Zimmer-
mann nach auswärts.
Stellen suchen: 2 landwirtschaftliche Knechte,
2 Gartenarbeiter, 1 Steinbauer, 1 Gärtler,
1 Anstaltler, 7 Bauhilfsarbeiter, 2 Klempner und
Anstaltler, 1 Formner, 2 Mechaniker, 1 Buch-
binder, 3 Schneider, 1 Maschinenarbeiter auf
Holz, 1 Tapezierer und Klempner, 7 Bäder, 1 Kon-
ditor, 10 Friseur, 1 Schneider, 3 Schuhmacher,
12 Maurer, 2 Gipser, 14 Maler und Anstaltler,
1 Badbecker, 3 Schriftföhrer, 1 Fotograf, 1
Decker, 5 Fabrikarbeiter, 18 Kaufleute, 10
Bürogehilfen, 1 Bauhilfsarbeiter, 8 Kraftfahrer, 1
Schriftföhrer, 1 Musiker, 3 Badwärter, 2 Holz-
techniker, 6 freie Berufsarten, 15 Hausdienten,
6 Putzfrauen, 7 Bautagslöhner, 88 sonstige Tagelö-
ner und Erdbarbeiter.
Weibliche Abteilung.
Offene Stellen: 20 Köchinnen, 2 Zimmer-
mädchen, 80 Alleinmädchen, die suchen können
für hier und auswärts.
Nachabteilung für das Fremdenverwe.
Offene Stellen für die Saison: 2 Silber-
putzer, 6 Kupferputzer, 8 Küchenburschen, 3
Bürogehilfen, 3 Buffetburschen, 4 Haus- und
Küchenbeschäftigten, 10 Köchinnen, 6 Be-
dienmädchen, 80 Haus- und Küchenmädchen, 1 Koch-
fräulein.
Stellen suchen: 2 Geschäftsföhrer, 5 Buch-
halter, 40 Kellner, 23 Köche, 5 Portier, 21 Haus-
burschen, 5 Lift- und Bagen, 36 Servierfräu-
lein, 30 Zimmermädchen.
Verbringungsvermittlung.
Offene Stellen: 1 Schriftföhrer, 1 Bäder,
3 Glaser, 4 Bauhilfsarbeiter, 1 Klempner und Schuh-
macher, 2 Kellner, 1 Lehrmädchen für Schneider.
Stellen suchen: 4 Kaufleute, 3 Metzger, 3
Konditor, 1 Sattler, 3 Schuhmacher, 2 Bau-
hilfsarbeiter, 1 Mechaniker, 1 Anstaltler, 1 Ge-
schäftsmann, 1 Schneider, 1 Glaser, 1 Kellner,
2 Mädchen als Kleidermacherinnen, 2 als Be-
dienmädchen, am liebsten in der Papierbranche.
Angeliebert sind dem Arbeitsamt:
Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeits-
nachweis für Arbeitsbeschädigte.

Stadt- und Landresende

u. Versicherungsstellen-
suchende für hier, Bezirk
berd. monatl. 5-8000 Mk.
Lebensmittlg. Off. u. 75 Ban-
dels-Str. Grabow Recl.

Mahararbeiten

aller Art, werden billig
angefertigt.
Fr. Feldmann,
Georg-Friedrichstr. 16 II

Wo kaufe

ich meine getr. Anzüge,
Hemden, Unter-
hosen, Weißzeug, Möbel-
etc. etc.
A. Schap
2186 Kaiserstr. 67
Eing. Waldhornstr.

Pranckuch & Co. 1920er

Schweinefleisch
weiß
Mk. 9.60
einschl. Steuer u.
Flasche.
Reine Fische mit
60 Pf. Salz-
Käsebergung.

Pranckuch & Co.

Pranckuch & Co.
Pranckuch & Co.